

Konfliktherd Südchinesisches Meer

Kreuzer, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kreuzer, P. (2014). *Konfliktherd Südchinesisches Meer*. (HSFK-Report, 2/2014). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-392176>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSFK-Report Nr. 2/2014

Konfliktherd Südchinesisches Meer

Peter Kreuzer

© Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

HSFK · Baseler Straße 27-31 · D-60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (0) 69 95 91 04-0 · Fax: +49 (0) 69 55 84 81

E-Mail: kreuzer@hsfk.de · Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-942532-67-9

Euro 6,-

Zusammenfassung

Anfang der 1990er Jahre avancierte das Südchinesische Meer zu einem global beachteten Konfliktherd. Dort prallen die territorialen und maritimen Ansprüche von bis zu sieben Staaten aufeinander, von denen jedoch nur drei, die VR China, Vietnam und die Philippinen, in größerem Ausmaß in Konflikte vor Ort involviert waren. Die anderen Länder, Malaysia, Brunei, Indonesien und die Republik China auf Taiwan, die alle auch Ansprüche geltend machen, bleiben demgegenüber im Hintergrund und werden auch in diesem Report nicht thematisiert.

Was in früheren Jahrzehnten auf kleine, marginale Territorien beschränkte Konflikte waren, wandelte sich in den 1980er Jahren zu einer Auseinandersetzung um die Kontrolle des größten Teils des Südchinesischen Meeres. Auslöser hierfür war die 1982 verabschiedete und 1994 in Kraft getretene Seerechtskonvention (*United Nations Convention on the Law of the Sea*; UNCLOS). Sie ermöglichte es Küstenstaaten, alle unterseeischen Ressourcen in einer bis zu 200 Seemeilen breiten Zone vor ihren Küsten zu kontrollieren. Die „Festlandssockelregelung“ erlaubte zudem eine Ausdehnung entsprechender Anrechte bis zu insgesamt 350 Seemeilen ins Meer. Im Südchinesischen Meer führte dies zu einer Vielzahl überlappender Ansprüche, weil auch kleine Inseln entsprechende ausschließliche Wirtschaftszonen generierten, deren Ausbeutung den Küstenstaaten zugutekam.

In etwa zur gleichen Zeit änderte sich die Perspektive lokaler und externer Akteure mit strategischen Interessen im Südchinesischen Meer. Schon in den 1970er und 1980er Jahre hatten die Konfliktparteien, allen voran Vietnam und die Philippinen und schließlich auch China, eine Reihe von Inseln und Atollen militärisch besetzt. Zwischen Vietnam und China war es bereits zweimal zu militärischen Auseinandersetzungen gekommen, die jedoch auf der internationalen Ebene weitgehend unbeachtet blieben. Als China 1994 ein weiteres von Vietnam und den Philippinen beanspruchtes Riff besetzte, wurde dieser Vorstoß weniger als Herausforderung Vietnams verstanden denn als Gefahr für die regionale Ordnung und die dominante sicherheitspolitische Position der USA in dieser Region. Anders als früher war Vietnam nach dem Zusammenbruch des Ostblocks nicht mehr Teil des feindlichen Lagers, sondern stand kurz vor dem Beitritt zur ASEAN und hatte seine Beziehungen zu den USA weitgehend normalisiert. Demgegenüber wurden die Öffnung Chinas und sein wirtschaftlicher Aufstieg zwar begrüßt, doch strategisch wurde die erstarkende Militärmacht mit Sorge betrachtet. In dieser Zeit etablierte sich das zentrale Interpretationsmuster, das die Konfliktwahrnehmung bis heute prägt: Ein zunehmend selbstbewusst und aggressiv auftretendes China, das versucht, seine Maximalforderungen in kleinen Schritten gegen andere, weitaus schwächere Anspruchsteller durchzusetzen. Diese versuchen, ihre Position durch Rückgriff auf die Regionalorganisation ASEAN und die mit eigenen Interessen in der Region aktive hegemoniale Militärmacht USA zu stärken. Insoweit sie dabei als Gruppe auftreten, resultiert daraus eine Isolierung Chinas, das weder dem US-amerikanischen Allianzsystem angehört noch der ASEAN.

Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends verlief ohne signifikante gegenseitige Provokationen. Dies änderte sich in den letzten vier Jahren, deren Analyse den Schwerpunkt dieses Reports bildet.

Zum besseren Verständnis werden einleitend einige grundlegende Kategorien des internationalen Seerechts geklärt (Kap. 2.1). Es folgt eine knappe historische Darstellung der Territorialkonflikte und der Strategien der zentralen Konfliktakteure zur Legitimation ihrer maritimen und territorialen Ansprüche (Kap. 2.2).

In der Folge (Kap. 2.3 bis 2.5) werden in einem ersten Schwerpunkt die Aktivitäten analysiert, mit denen die VR China, Vietnam und die Philippinen ihre Ansprüche in den letzten Jahren durch praktisches Handeln zu untermauern versuchen. Diese Aktivitäten reichen von symbolischen Akten wie der Umbenennung großer Meeresgebiete über nationale Rechtssetzung, die auch für die Anspruchsgebiete jenseits der Territorialgewässer Gültigkeit beansprucht, bis hin zu medial auffälligen Provokationen auf hoher See. Grundsätzlich sind sowohl Vietnam und als auch die Philippinen mit der Herausforderung eines seine Ansprüche offensiv vertretenden China konfrontiert. Beide Staaten reagieren aber sichtlich unterschiedlich. Vietnam verfolgt eine Politik, die zum einen am Primat der ASEAN im Kontext regionalen Konfliktmanagements festhält, aber auch bilateral auf partielle Übereinkünfte über Verhaltensnormen in weniger umstrittenen Feldern abzielt. Gleichzeitig praktiziert es eine kontrollierte sicherheitspolitische Annäherung an die USA, die es ihm ermöglicht, die eigene Autonomie zu wahren und zugleich von der Nähe zum US-amerikanischen Hegemon zu profitieren. Demgegenüber verfolgen die Philippinen eine Strategie der engen Anbindung an die USA und der größtmöglichen Publizität, die auf die doppelte Juxtaposition von Demokratie und Autokratie sowie kleinem schwachen Opfer und großem, gewaltbereiten Aggressor setzt. Diese Strategie, die auch auf die politisch riskante einseitige Anrufung des internationalen Rechts gegen China setzt, erweist sich als erfolgreich bei der Generierung politischer und finanzieller Unterstützung durch Japan und die USA, die in ihren sicherheitspolitischen Strategien für Asien eine starke normativ ideologische Komponente eingebaut haben. Sie schwächt jedoch die ASEAN und die regionalen Prinzipien der Konfliktbearbeitung.

Der zweite Schwerpunkt des Reports analysiert die Einbettung der lokalen Konflikt-dynamiken in die sicherheitspolitischen Strategien und Handlungsmuster der beiden zentralen, schon benannten externen, in die Region hineinwirkenden Mächte: der USA und Japan.

Für die USA ist das Südchinesische Meer nur eine von mehreren Arenen, in denen die wachsenden Ansprüche der neuen chinesischen Großmacht auf Mitbestimmung mit dem Anspruch der USA, ihre hegemoniale Stellung in der internationalen Politik beizubehalten, kollidieren. Um weiterhin hegemoniale Stabilität garantieren zu können, stärken die USA im Kontext eines weiter gefassten Schwenks nach Asien (*pivot to Asia*) ihre Allianzen in Südostasien. Auch suchen bzw. stärken sie darüber hinausgehende Sicherheitspartnerschaften. Direkt in Konflikt mit China geraten die USA durch ihre aktive Politik der *Freedom of Navigation*-Operationen, die sich gezielt gegen Staaten mit aus US-Sicht exzessiven maritimen Ansprüchen richten.

Japan arbeitet an einer neuen sicherheitspolitischen Rolle in der asiatischen Region und darüber hinaus. Die konzeptionelle Grundlage bilden zwei Konzepte, die auf die Exklusion Chinas abzielen, indem sie eine Wertegemeinschaft von rechtsstaatlichen Demokratien proklamieren: der „Bogen der Freiheit und Wohlfahrt“ und der „Sicherheitsdiamant“.

Ersterer soll das Gros der Staaten von Osteuropa über Zentralasien, Süd- und Südostasien bis nach Japan, Südkorea und die Mongolei binden. Letzterer fokussiert vor allem auf Indien, Australien sowie auf die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich und die Hegemonialmacht USA. In Südostasien werden vor allem die Philippinen und Vietnam umworben. In diesem Kontext unterstützt Japan zunehmend die Kontrahenten Chinas im Territorialkonflikt und bindet dieses Handeln in ein neues umfassendes Konzept ein, das auf das *Containment* Chinas orientiert ist.

Das abschließende Kapitel warnt davor, dass sich die USA von ihren kleineren Partnern instrumentalisieren lassen. Obgleich das provokative Handeln Chinas nicht in Abrede zu stellen ist, profitierten sowohl die philippinische als auch die japanische Regierung auf unterschiedliche Weise von der Eskalation der letzten Jahre. Für die Philippinen hat sich die Dramaturgie der letzten Jahre in einer massiv gestiegenen US-amerikanischen Militärhilfe ausgezahlt; eine Erweiterung des bestehenden Truppenstatuts mit den USA, das dem konservativen und sicherheitspolitischen Establishment am Herzen lag, konnte vor dem Hintergrund der „chinesischen Gefahr“ im April 2014 unterzeichnet werden. In Japan legitimiert die chinesische Bedrohung die seit Jahren vom derzeitigen Premierminister Abe und großen Teilen des konservativen Mainstream gewünschte „Normalisierung“ Japans. Ende 2013 und Anfang 2014 konnten mehrere Schritte hierzu erfolgreich durchgeführt werden. Jetzt steht nur noch der symbolträchtigste Schritt aus: Eine Neuinterpretation der Verfassung, die es Japan ermöglichen würde, an kollektiver Selbstverteidigung teilzunehmen.

Genau deshalb sollten die USA der von den Philippinen und Japan betriebenen Exklusionspolitik gegenüber China entgegenreten. China ist, anders als manche philippinische und japanische Politiker der Öffentlichkeit glauben machen wollen, nicht Nazi-Deutschland. Nur weil Appeasement einmal scheiterte, ist es damit nicht per se delegitimiert. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass sich China bedingungslos einer von den USA geprägten Weltordnung unterwerfen wird. Hier ist nicht nur Kompromissbereitschaft von der aufstrebenden Macht zu erwarten, sondern auch vom alten Hegemon. Konkret könnten die USA in Diskussionen über die umstrittenen *Freedom of Navigation*-Operationen eintreten und sich selbst dem Recht unterwerfen, dessen Beachtung sie immer wieder von China einfordern: UNCLOS. Im Unterschied zu China und ca. 160 weiteren Ländern haben die USA diesen Vertrag bis heute nicht ratifiziert.

Angesichts der beständigen Zusammenstöße trägt China mit seiner Obstruktionspolitik gegenüber einem verbindlichen Verhaltenskodex für das Südchinesische Meer kaum zu einer Beruhigung der Situation und einem zivileren Konfliktmanagement bei. Je intransigent sich China gibt, umso mehr wird ASEAN als Institution des Konfliktmanagements an den Rand gedrängt und umso mehr werden sich die anderen Konfliktparteien einem verstärkten amerikanischen und japanischen Engagement in der Region öffnen. Gleichzeitig sollte China, dessen intellektuelle und politische Elite stark auf den Status einer Großmacht und auf die Beziehung zwischen Großmächten fixiert ist, reflektieren, warum sein Handeln bei allen anderen Parteien ein so hohes Misstrauen hervorruft. Zwar leugnet China seit Jahrzehnten strikt hegemoniales Verhalten in seiner offiziellen Ideologie, aber

viele der konkreten Handlungsmuster vermitteln das Bild eines Hegemons, der Widerstand oder Widerspruch abstrafft.

Eine Lösung der komplexen Konflikte ist nicht in Sicht. Kurz- und mittelfristig kann es nur um ihr möglichst friedliches Management gehen. Die Gefahren der Eskalation steigen in dem Maß, in dem das erstarkende China exkludiert und zu dem Anderen gemacht wird, gegen den es sich zu wappnen gilt. Not tut eine inkludierende Strategie, die unter Umständen in kalkulierte Maß auf Kontrolle verzichtet und damit strategisches Vertrauen demonstriert.

Inhalt

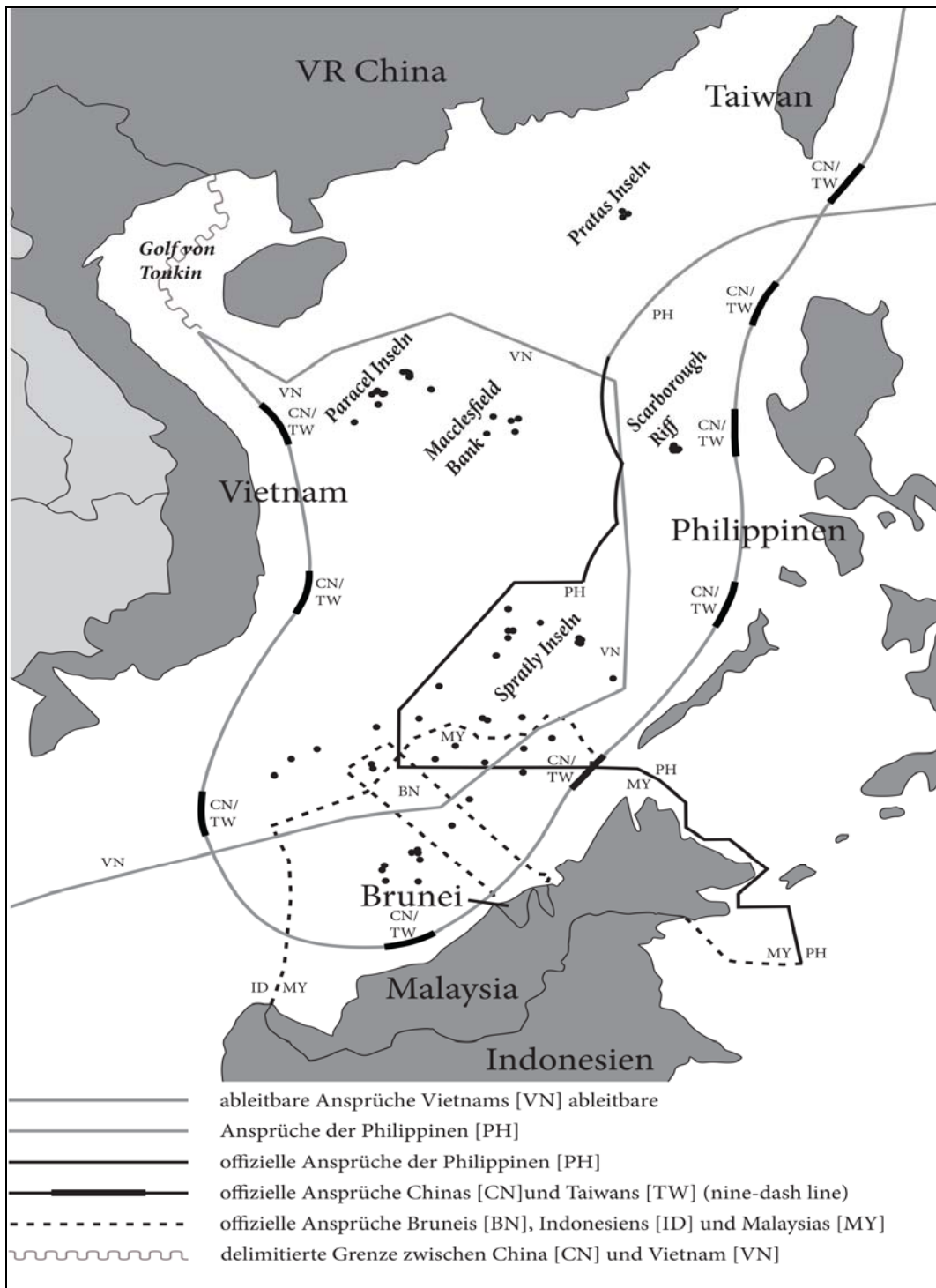
1.	Einleitung: Konflikte um Wirtschaftszonen, Inseln und regionale Vorherrschaft	1
2.	Konflikte regionaler Akteure: Wem gehören die Inseln und das Meer?	5
2.1	Ein Exkurs über einige Rechtsbegriffe: Territorialgewässer, EEZ, Kontinentalschelf und historische Gewässer	5
2.2	Eine historische Skizze der Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer	7
2.3	Die Eskalation der letzten Jahre: China versus Vietnam	12
2.4	Die Eskalation der letzten Jahre: China versus die Philippinen	16
2.5	Konfliktbearbeitung im Südchinesischen Meer: Eine Politik der Nadelstiche und der Intransigenz	20
3.	China und die USA: Der Konflikt um die Kontrolle über das Südchinesische Meer	22
4.	Japan im Südchinesischen Meer: Ausweitung des Konflikts mit China um regionale Führerschaft	26
5.	China als der Andere: Gefahren eines versteckten Containment	28
	Literatur	35

1. Einleitung: Konflikte um Wirtschaftszonen, Inseln und regionale Vorherrschaft

Im Südchinesischen Meer prallen maritime und territoriale Ansprüche von bis zu sieben Ländern aufeinander. Während es bis in die 1980er Jahre noch um die Souveränität über mehrere Inselgruppen und Atolle ging, erweiterte sich der Konflikt auf einen großen Teil des Meeres mit der Umsetzung des neuen Seerechts (*United Nations Convention on the Law of the Sea*, UNCLOS) seit den 1980er Jahren. Nunmehr konnten alle Anrainerstaaten Rechte über die ökonomische Kontrolle von Gebieten geltend machen, die 200 oder mehr Seemeilen ins Meer hineinragen. Die am weitest reichenden Ansprüche erheben die VR China und die Republik China auf Taiwan, die beide zumindest sämtliche Inselgruppen im Südchinesischen Meer mit den zugehörigen ausschließlichen Wirtschaftszonen (*exclusive economic zone*, EEZ) einfordern. Beinahe gleich weitreichend und ebenso unscharf wie die chinesischen Ansprüche gestalten sich die vietnamesischen. Vietnam behauptet die Souveränität über die zwei größten Inselgruppen, die Paracel-Inseln im Norden und die Spratly-Inseln im Südosten, lässt jedoch wie China im Unklaren, welche maritimen Ansprüche sich daraus ableiten. Es folgen die Philippinen, die große Teile der Spratly-Inseln beanspruchen und ansonsten auf ihrer 200 Seemeilen breiten EEZ bestehen. Malaysia, Brunei und Indonesien beanspruchen ebenso wie die anderen Konfliktparteien EEZs und die darin liegenden Inseln, spielen jedoch im größeren Konflikt, wie er sich seit den 1980er Jahren entwickelt hat, nur eine untergeordnete Rolle.

Die einzigen militärisch ausgetragenen Konflikte finden sich 1974 und 1988 zwischen Vietnam und der VR China. Sie erregten damals nur geringe Aufmerksamkeit, gehörten doch die beiden Konfliktparteien zum kommunistischen Lager. 1988 kam es allerdings zum ersten erfolgreichen Vorstoß der VR China auf die Spratly-Inseln, dem 1994/1995 die Besetzung eines weiteren Riffs folgte, die zwischen der VR China und den Philippinen eine über mehrere Jahre andauernde Phase gegenseitiger Provokationen auslöste. Vietnam, die Philippinen, Malaysia und die VR China brachten die letzten der noch von keiner konkurrierenden Macht besetzten Atolle der Spratly-Inseln unter ihre Kontrolle oder bauten eigene „Inselfestungen“ aus. Jeder dieser Staaten versuchte, mit seinem Handeln seine behauptete Souveränität auf diese Inselgruppe, deren Territorialgewässer und die darüber generierbaren EEZs zu untermauern. Der Sicherheitsvertrag zwischen den Philippinen und den USA sowie das Interesse der letzteren an der Einhegung des ökonomisch und militärisch aufstrebenden China verliehen diesem regionalen Konflikt eine weit darüber hinausgehende Dimension. Die Jahre der gegenseitigen Provokationen und Insel- bzw. Atollbesetzungen endeten „unentschieden“. Keine der Mächte musste sich zurückziehen.

Offizielle und ableitbare territoriale und maritime Ansprüche im Südchinesischen Meer



(Erstellt auf Grundlage der Länderumrisskarte zu Ostasien; http://d-maps.com/carte.php?num_car=28783&lang=de, Bearbeitung Christian Pogies. Die eingezeichneten Grenzlinien der vietnamesischen, philippinischen und chinesischen Ansprüche basieren auf von den Staaten vorgebrachten Forderungen, die jedoch in weiten Teilen nicht genau präzisiert sind. Insofern handelt es sich um Schätzungen).

Die Philippinen verstärkten ihre militärische Zusammenarbeit mit den USA, die nun über ein neues Truppenstatut die Philippinen wieder in ihr ostasiatisches bilaterales Allianzsystem (Südkorea, Japan, Taiwan, Thailand) eingliedern konnten, nachdem der alte Truppenstationierungsvertrag nach dem Sturz des Diktators Marcos 1986 im anti-imperialen Impetus der frühen demokratischen Jahre von den Filipinos gekündigt worden war. Im Gefolge des neuen Truppenstatuts gewannen die Philippinen nicht nur ökonomisch durch US-amerikanische Finanzhilfen. Die militärische Rückkehr der USA sicherte dieses Land militärisch ab, das selbst nur geringe Mittel zur äußeren Verteidigung aufwandte. Das weitgehende Fehlen einer eigenen Küstenwache, Luftwaffe und Marine wurde kompensiert durch den alten Sicherheitsvertrag von 1951 und das neue Truppenstatut von 1999, die sicherstellten, dass der „große Bruder“ im Konfliktfall für die Philippinen eintreten würde. Vietnam, bis zum Zusammenbruch des Ostblocks ein potenzieller Gegner der ASEAN-Staaten, gelang die Aufnahme in diese Organisation und eine Annäherung an die USA, die Vietnam aus strategischen Gründen als regionalen Gegenpol zu China unterstützten. Die VR China hatte von 1988 bis Mitte der 1990er Jahre erfolgreich ihre ersten Stützpunkte auf den Spratly-Inseln installiert und gegen alle diplomatischen Pressionen verteidigt. Damit, so konnten sie glauben, hatten sie ihre Ansprüche auf diese Inselgruppe in eine zumindest partielle Kontrolle verwandelt und gestärkt. Malaysia hatte erfolgreich mehrere Inseln besetzt und damit Territorialansprüche demonstriert. Die Republik China auf Taiwan, die seit den 1950er Jahren die größte Insel der Spratlys besetzt hielt, war insofern erfolgreich, als keiner der anderen Akteure von ihr auch nur Notiz nahm, geschweige denn sie unter Druck setzte. Auch die ASEAN konnte relativ zufrieden sein, war es ihr doch nicht nur gelungen, sich 1999 intern auf einen Code of Conduct (COC) für das Südchinesische Meer zu einigen, sondern nach langen Verhandlungen 2002 auch die VR China zur Unterschrift unter die gemeinsame Erklärung zu bewegen, die allerdings nur den Status einer unverbindlichen Absichtserklärung zu kooperativem Verhalten aufweist.

So zeichnete sich das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends durch ein signifikant niedrigeres Konfliktniveau aus. Allerdings zeigte sich auch schnell, dass keines der um Souveränität und Seerechte konkurrierenden Länder bereit war, mit den anderen ernsthaft über eine konstruktive Konfliktbearbeitung zu diskutieren und entsprechende Institutionen zu entwickeln oder auf bestehende internationale Institutionen zurückzugreifen.

Seit 2010 eskalierten beinahe zeitgleich die Konflikte zwischen der VR China auf der einen und Vietnam, aber insbesondere den Philippinen sowie Japan auf der anderen Seite im Südchinesischen bzw. Ostchinesischen Meer. In beiden Fällen kam es zu einer Reihe von Zwischenfällen und provokativen Aktionen, von der Verhaftung von Fischern in umstrittenen Gewässern über die Beschießung von Fischerbooten mit Wasserkanonen, die Verschärfung nationaler Gesetze, die die Souveränität und Kontrolle festigen sollten, die Nationalisierung mehrerer Inseln im Ostchinesischen Meer durch Japan bis hin zur Einschaltung des Ständigen Schiedsgerichtshofs in Den Haag durch die Philippinen gegen den Willen der anderen Konfliktpartei China.

Auch der Ton zwischen China und den USA verschärfte sich deutlich ab 2009, seit China versucht, die schon lange bestehende Forderung nach einer verstärkten Kontrolle

über die dem nationalen Territorium vorgelagerte EEZ ebenso umzusetzen wie die über den entsprechenden Luftraum. Derartige Maßnahmen zielen insbesondere darauf ab, langfristig die US-Marine und US-Luftstreitkräfte aus diesen Räumen zu verdrängen. Da eine erweiterte EEZ-Kontrolle jedoch alle Akteure mit Interessen in diesen Meeresgebieten trifft, macht sich China nicht nur bei seinen strategischen Rivalen, den USA und Japan, unbeliebt, sondern auch bei den südostasiatischen Staaten, die konkurrierende Ansprüche in den gleichen Seeregionen angemeldet haben.

Für die USA ist das chinesische Handeln auch deshalb potenziell von großer Bedeutung, weil China sich damit zum Vorreiter einer Reihe von Staaten (u.a. Indien, Brasilien, Pakistan, aber auch Malaysia) macht, die die gängige Auslegung des internationalen Rechts in Bezug auf die EEZ in Frage stellen und zugunsten der Rechte von Küstenstaaten verändern wollen, was die Operationsfähigkeit der amerikanischen Truppen in weiten Teilen der Weltmeere empfindlich einschränken könnte.

Japan erweiterte die Arena seines Konflikts mit China um die Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe in das Südchinesische Meer insoweit als es seit einigen Jahren die Philippinen, aber auch Vietnam nicht nur aktiv politisch unterstützt, sondern auch bei der Verstärkung der maroden philippinischen Küstenwache hilft.

All diesen Konfliktdimensionen ist eines gemein: die Isolation der VR China, die sich in ihren Forderungen einer zumindest lose verbundenen Gruppe von Staaten gegenüber sieht, die sich über „gemeinsame Werte“ definieren, die sie China explizit oder implizit absprechen. Grosso modo bestimmt sich diese Gruppe entweder über ein System bilateraler militärischer Allianzen oder militärischer Kooperationsvereinbarungen. Allen gemein ist, dass sie vor allem auf eine sicherheitspolitische und militärische Kontrolle der aufstrebenden Militärmacht Chinas abzielen.

Dieser Report zeichnet die Dynamiken in Bezug auf die gerade skizzierten Dimensionen der Konflikte im Südchinesischen Meer nach. Dabei geht es zunächst um die Konflikte zwischen den Anrainern, wobei der Fokus auf die zentralen Konfliktparteien (die VR China, Vietnam und die Philippinen) gelegt wird (Kap. 2). Nachfolgend wird die Rolle der externen, in die Region hineinwirkenden Mächte USA und Japan bestimmt (Kap. 3, 4). Die Analysen der US-amerikanischen und japanischen Politik verdeutlicht die Einbettung des regionalen Konflikts um Inseln, Atolle und Meeresgebiete in umfassendere strategische Interessen und Zielsetzungen, die ihrerseits massiv auf die Konflikt dynamiken einwirken. Das Fazit (Kap. 5) fokussiert eine prominente und potenziell gefährliche Entwicklung, die in den vorangegangenen Analysen herausgearbeitet wurde: die sicherheitspolitische Isolierung Chinas. Exkludierende Strategien, so das zentrale Argument, mögen vordergründig sicherheitspolitisch rational wirken, sie vertiefen jedoch langfristig das aus den widerstreitenden Interessen erwachsende Konfliktpotenzial.

2. Konflikte regionaler Akteure: Wem gehören die Inseln und das Meer?

Der Konflikt im Südchinesischen Meer ist vor allem ein Konflikt um die Souveränität über mehrere Inselgruppen und die nach dem modernen Seerecht darüber generierbaren EEZs. Bevor im Folgenden die wichtigsten Konflikte dargestellt werden, ist eine knappe Einführung in die grundlegende Termini des internationalen Rechts sinnvoll, durch die bestimmte territoriale und maritime Rechte definiert werden.

2.1 Ein Exkurs über einige Rechtsbegriffe: Territorialgewässer, EEZ, Kontinentalschelf und historische Gewässer

Konzepte und Terminologie, die von den konkurrierenden Staaten benutzt werden, basieren zum einen auf dem internationalen Gewohnheitsrecht, zum größten Teil jedoch auf der Begrifflichkeit, wie sie 1982 in der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen (UNCLOS) festgeschrieben wurden. Diese Konvention trat 1994 in Kraft und unterscheidet zwischen Binnen- und Territorialgewässern, einer angrenzenden Zone (der *exclusive economic zone*, EEZ) und dem Kontinentalschelf, den Archipelgewässern sowie der hohen See. Von diesen Rechtsbegriffen interessiert hier primär die EEZ. Hinzu kommen sogenannte historische Gewässer, die in UNCLOS zwar erwähnt, jedoch nicht genauer bestimmt sind.

Territorialgewässer erstrecken sich bis zu 12 Seemeilen ab der Küstenlinie ins Meer. In ihr genießen alle Schiffe nur das Recht der friedlichen Durchfahrt (zur genauen Bedeutung siehe UNCLOS Artikel 18-20). An diese Zone schließt sich die bis zu 188 Seemeilen breite ausschließliche Wirtschaftszone (EEZ) an. In dieser haben die Küstenstaaten

„sovereign rights for the purpose of exploring and exploiting, conserving and managing the natural resources, whether living or non-living, of the waters superjacent to the seabed and of the seabed and its subsoil, and with regard to other activities for the economic exploitation and exploration of the zone, such as the production of energy from the water, currents and winds“ (UNCLOS article 56.1.a).

Gleichwohl zählt die EEZ nicht zu den Territorialgewässern. Grundsätzlich gelten

„the freedoms [...] of navigation and overflight and of the laying of submarine cables and pipelines, and other internationally lawful uses of the sea related to these freedoms, such as those associated with the operation of ships, aircraft and submarine cables and pipelines, and compatible with the other provisions of this Convention“ (UNCLOS article 58.1).

Während Küstenstaaten in ihren Territorialgewässern die volle Souveränität genießen, erlaubt ihnen die EEZ nur die Ausübung bestimmter Souveränitätsrechte. Die detaillierten Regelungen wurden als Teil 5 in die VN-Seerechtskonvention aufgenommen, der inzwischen über 160 Länder beigetreten sind. Zu ihnen zählen alle ostasiatischen Staaten und die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der VN, bis auf die USA. Zwar haben alle amerikanischen Regierungen der letzten zwei Jahrzehnte, ebenso wie die Führung der Streitkräfte eine entsprechende Ratifikation befürwortet, doch scheiterte diese bislang am Widerstand des Kongresses.

Das EEZ-Konzept geht auf die Mitte der 1940er Jahre zurück, als die USA den geltenden Status quo internationalen Rechts einseitig durch zwei Proklamationen (2667 und 2668 vom 27.9.1945) für überholt und die exklusive ökonomische Kontrolle der USA über weite Meeresgebiete jenseits der amerikanischen Territorialgewässer erklärten. Gleichzeitig waren die USA als globale Seemacht jedoch daran interessiert, dass die Regelung keinen Vorwand dafür bot, die Freiheit der Schifffahrt jenseits der Territorialgewässer einzuschränken. Insofern fügten sie explizit hinzu, dass die Proklamation „specifically retains the right to free and unimpeded navigation on the high seas of the waters above the continental shelf“ (Truman 1945).

Mit ihrer einseitigen Proklamation hatten die USA einen Präzedenzfall geschaffen, den andere Küstenstaaten nutzten, um ihre Ansprüche zu erweitern. Anders als die USA erklärten einige Staaten, dass sie in den entsprechenden Meeresgebieten die volle Souveränität ausüben. In den Verhandlungen zur UNCLOS setzten sich in diesem Punkt jedoch die maritimen Staaten mit globalen strategischen Interessen durch. Allerdings blieben einige relevante Formulierungen vage und interpretierbar.

In der Folge beanspruchte eine Reihe von Staaten auch weiterhin 200 Seemeilen umfassende Territorialgewässer. Andere agieren im Kontext der EEZ-Regelung von UNCLOS, interpretieren diese jedoch anders als die gängige, am prononciertesten von den USA vertretene Position. Diese Staaten sind der Auffassung, dass die UNCLOS-Regeln es den Küstenstaaten erlauben, fremden Kriegsschiffen die unangemeldete Einfahrt in die EEZ zu verbieten, oder zumindest militärische Aktivitäten, die über das Recht auf friedliche Durchfahrt hinausgehen, zu unterbinden, weil diese die Sicherheit der Küstenstaaten gefährden. Eine Reihe von Staaten haben in diesem Sinn Erklärungen bei der Ratifizierung von UNCLOS hinterlegt, andere haben darüber hinausgehend nationale Gesetze erlassen, die eine entsprechende Legitimationsgrundlage schaffen sollen (so z.B. Brasilien, Pakistan, Iran, Indien, Malaysia; VR China; siehe Galdorisi/Kaufman 2002: 283ff, Hamzah 2011: 5-6, Dewan 2013: 257, Kopela 2009, Geng 2012). Ebenso relevant ist die Regelung zum Kontinentalschelf, die es den Küstenstaaten erlaubt, die eigenen EEZ-Rechte über die generell geltenden 200 Seemeilen ab Küstenlinie auf bis zu 350 Seemeilen hinaus auszudehnen (UNCLOS Teil 6).

Deutlich älter als die UNCLOS-Regeln, aber im Rahmen des neueren internationalen Rechts kaum noch gebräuchlich, ist der Begriff der historischen Gewässer. Vereinfacht ausgedrückt erlangen Staaten Rechte über historische Gewässer, auch wenn ihnen diese nach dem gängigen internationalen Recht nicht zustehen, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Das ist im Wesentlichen die Ausübung souveräner Rechte über einen längeren Zeitraum, wenn die Staatengemeinschaft dies duldet (Symmons 2008: 1; siehe auch. Roach/Smith 1994: 23; International Law Commission 1962: 13). Was hier als ausreichende Ausübung von Souveränitätsrechten gilt, ist genauso umstritten wie die Frage nach einem ausreichend langen Zeitraum (International Law Commission 1962: 15). Offen ist auch, welchen rechtlichen Status solche Gewässer haben – ob sie beispielsweise wie Binnengewässer oder Territorialgewässer behandelt werden oder ob ihnen ein Sonderstatus zukommt. Einer VN-Studie von 1962 zufolge kann dies nicht allgemein beantwortet

werden, sondern hängt davon ab, welche Form der Souveränität der Staat in der Meeresregion ausgeübt hat (International Law Commission 1962: 23).

Sowohl der Begriff der „historischen Gewässer“ als auch der engere Begriff der „historischen Bucht“ sind Erfindungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Trotz dieser langen Geschichte wurden diese Begriffe jedoch in den internationalen Seerechtskonventionen nicht spezifiziert. Dies resultierte aus dem Konflikt zwischen den Staaten, die über solche Buchten und Meeresgebiete verfügten, die sich eine Erweiterung ihrer territorialen Souveränität erhofften. Sie traten derartigen Bestrebungen entgegen, sei es aus prinzipiellen Erwägungen, oder weil sie in konkreten Fällen eine Beschränkung der eigenen Rechte fürchteten (Symmons 2008: 8-9). So bleibt zwar die breite Anerkennung historischer Gewässer, wobei jedoch weder die notwendigen Kriterien noch die praktischen Konsequenzen (d.h. die damit einhergehenden Souveränitätsrechte) im internationalen Recht bestimmt sind.

2.2 Eine historische Skizze der Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer

Die Konflikte um die Inselgruppen im Südchinesischen Meer sind eine Folge moderner Nationalstaatlichkeit. In früheren Jahrhunderten scheinen die Paracel- und Spratly-Inseln sowohl von chinesischen als auch vietnamesischen Herrschern formal in die Staatsverwaltung eingegliedert worden zu sein, ohne dass sich jedoch entsprechendes Handeln nachweisen ließe. Beide Inselgruppen wurden regelmäßig von Fischern besucht, ansonsten verblieben sie unbeachtet in ihrer Abgeschlossenheit. Ende des 19. Jahrhunderts begann in dieser Region jedoch die Territorialisierung von Staatlichkeit, in deren Kontext die chinesische Regierung ihre Ansprüche auf die Paracel-Inseln anmeldete. 1883 protestierte die chinesische Regierung gegen eine geplante deutsche Expedition zu den Spratly-Inseln, und 1887 schlossen China und Frankreich einen Vertrag zur Delimitierung der Seegrenzen zwischen dem französischen Protektorat Vietnam (Annam) und China. Damit wurden alle Seegebiete und Inseln China zugeschlagen „which are to the east of the meridian of 105° 43' longitude east of Paris“ (China-France Convention 1887). Anfang des 20. Jahrhunderts entsandte China zwei Expeditionen auf die Paracel-Inseln, um die eigenen Ansprüche zu untermauern. Wenig später wurden die ersten Lizenzen zur Rohstoffextraktion vergeben (Kreuzer 1999: 8). Begründet wurden die chinesischen Ansprüche durchweg über eine historische Argumentation, wonach es zweifelsfrei feststehe, dass die Inseln seit Jahrhunderten von chinesischen Fischern genutzt worden seien und damit China zustünden.

Auch Vietnam legitimiert die eigene Souveränität über die Spratly- und Paracel-Inseln historisch. Beide Inselgruppen seien von vietnamesischen Herrschern spätestens im frühen 19. Jahrhundert formal in die vietnamesische Verwaltung eingegliedert worden. Als Protektorat Frankreichs war Vietnam an eigenständiger Politik gehindert, doch, so wird argumentiert, habe Frankreich seit den 1920er Jahren Expeditionen zu beiden Inselgruppen geschickt. 1932 wurden die Paracel-Inseln in die Verwaltung des Protektorats eingegliedert, ein Jahr später die Spratly-Inseln.

Nur Japan hatte dagegen protestiert und behauptet, die Spratlys 1917 erobert zu haben. 1939 besetzte Japan im Rahmen des pazifischen Krieges die Inseln bis zum Kriegsende. 1951 verzichtete es jedoch im Vertrag von San Francisco auf alle Rechte auf diese Inseln. Allerdings wurde im Vertragsdokument nicht geklärt, an wen die japanischen Rechte gehen sollten.

Dies nutzte der philippinische Geschäftsmann und Abenteurer, Tomas Cloma, um große Teile der Spratly-Inseln 1956 als *terra nullius*, also als Niemandsland, in Besitz zu nehmen. In den 1970er Jahren trat er seine Ansprüche auf diese „Kalayaan-Inseln“ an den philippinischen Staat ab. Die Philippinen übernahmen die Begründung des „Entdeckers“ Tomas Cloma. Danach gehörten die Inseln zu keinem Staat, da im Vertrag von San Francisco kein Nachfolger für Japan bestimmt worden war: „[t]herefore, the Philippines argues that the islands became res nullius and available for annexation“ (Bautista 2010: 244). Anfang der 1970er Jahre besetzten die Philippinen die ersten Inseln. Formal in die Philippinen eingegliedert wurden die Kalayaan-Inseln 1978 durch ein Dekret des damaligen Präsidenten Ferdinand Marcos (President of the Philippines 1978). Dem folgte die Besetzung weiterer Inseln.

Zusätzliche Komplexität gewann der Konflikt, da der innerchinesische Krieg zwischen den Kommunisten und der Guomindang (GMD) zwar mit einem weitgehenden Sieg der ersteren endete, die jedoch nicht verhindern konnten, dass die Guomindang auf Taiwan ein rivalisierendes Regime errichtete, die Republik China. So erhoben nun zwei rivalisierende chinesische Staaten inhaltlich deckungsgleiche Ansprüche auf die Inselgruppen. Die Teilung Vietnams resultierte auch dort in zwei Regierungen, die jeweils für Vietnam zu sprechen vorgaben. Während die südvietnamesische Regierung sowohl die Paracel- als auch die Spratly-Inseln für sich beanspruchte, akzeptierte die nordvietnamesische Regierung die chinesische Position, wonach die Inselgruppen zu China gehören, nur um nach der Machtübernahme 1975 diese Position zu revidieren.

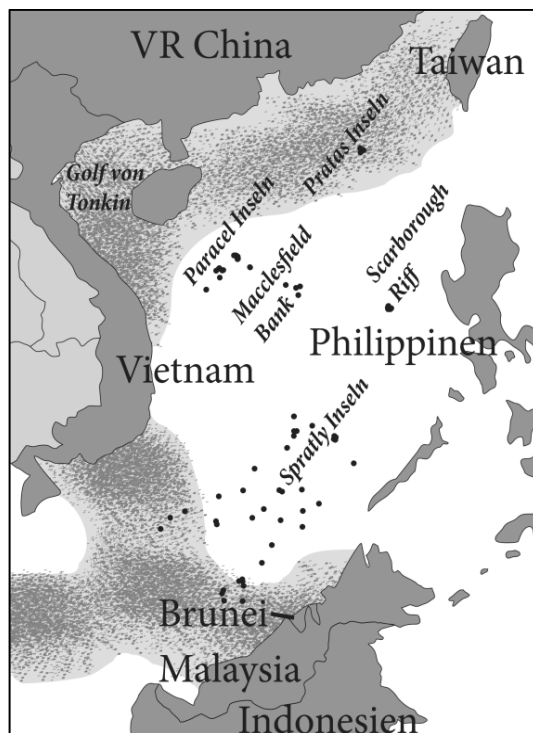
Die 1950er und 1960er Jahre sahen nur geringe Aktivitäten der konkurrierenden Staaten in der Region. Taiwan hatte Ende 1946 eine Garnison im Osten der Paracel-Inseln errichtet. Wenig später folgten die Franzosen, die die westlichen Inseln besetzten. Allerdings zogen sich die Truppen der GMD schon 1950 von den Inseln zurück, wo wenig später Truppen der VR China ihre Position einnahmen, sodass de facto die Paracel-Inseln in eine östliche (chinesische) und eine westliche (vietnamesische) Hälfte zerfielen. 1974 besetzten VR-chinesische Einheiten nach mehrtägigen Kämpfen die westlichen Inseln und konsolidierten so die Kontrolle über die ganze Inselgruppe. Damit war dort ein neuer, bis heute andauernder Status quo geschaffen.

Militärische Aktivitäten auf den Spratly-Inseln wurden durch die Inbesitznahme durch Tomas Cloma 1956 eingeleitet. In direkter Reaktion besetzten taiwanische Truppen noch im gleichen Jahr die größte der Spratly-Inseln, Itu-Aba, die sie bis heute kontrollieren.

Nachdem die Philippinen Clomas Rechte übernommen und erste Inseln besetzt hatten, schickte auch (Süd-)Vietnam Truppen auf mehrere Inseln, die nach dem Sieg Nordvietnams im Bürgerkrieg von den Truppen des geeinten Vietnam abgelöst wurden. Nach weiteren Inselbesetzungen durch die Philippinen und Vietnam wurde auch Malaysia

1980 aktiv und besetzte drei Riffe (Dzurek 1996: 20). Die VR-chinesische Seite hatte durchgängig gegen diese Aktionen protestiert, besetzte aber ihrerseits erst 1988 ein Riff auf den Spratly-Inseln. Diese Aktion resultierte in bewaffneten Auseinandersetzungen mit vietnamesischen Truppen, aus denen die Chinesen siegreich hervorgingen. Wenig später besetzte China noch fünf weitere Riffe bzw. Atolle. Parallel rückte Vietnam auf andere Erhebungen vor.

Hauptgebiete nachgewiesener und vermuteter Öl- und Gasvorkommen im Südchinesischen Meer



(Erstellt auf Grundlage der Länderumrissskarte zu Ostasien auf http://d-maps.com/carte.php?num_car=28783&lang=de sowie den EIA-Angaben, Bearbeitung Christian Pogies).

der bekannten oder noch vermuteten unterseeischen Öl- und Gasvorkommen befindet sich vor der Küste Borneos und Südvietnams sowie im Golf von Tonkin und vor dem chinesischen Festland: „almost no oil and less than 100 billion cubic feet of natural gas in proved and probably reserves exist in fields near the Spratly Islands. The Paracel Island Territory has even less natural gas and no oil“. Die im Norden der Spratly-Inseln vermuteten Reserven sind „not considered commercial reserves at this time; extracting them may not be economically feasible“ (U.S. Energy Information Administration

Die 1990er Jahre sahen, wie einleitend erwähnt, eine neue Eskalation des Konflikts, mit geänderten Konfliktgegnern und -dynamiken. Die Verabschiedung von UNCLOS 1982 resultierte in einer Neubestimmung des Wertes von Meeresgebieten, konnten die Küstenstaaten doch nunmehr sämtliche unterseeischen Ressourcen in bis zu 200 Seemeilen breiten Territorien für sich beanspruchen. Dies erhöhte den materiellen Wert der Souveränität über die Inselgruppen im Südchinesischen Meer, da dort nicht nur umfangreiche Fischereibestände existieren, sondern auch Gas- und Ölorkommen vermutet wurden.

Auch wenn angenommen werden kann, dass in vergangenen Jahrzehnten die vermuteten Vorkommen ein Motor des Konflikts um das Südchinesische Meer gewesen sind, sollte dieser Faktor für die Gegenwart nicht überbewertet werden, legen doch neuere Studien der U.S. Energy Information Administration (EIA) nahe, dass gerade die umstrittenen Regionen nur über verhältnismäßig geringe Ressourcen verfügen. Das Gros

2013a).¹ Für die ertragreichen Felder heißt das, dass entweder die Souveränität unstrittig ist oder aber die Extraktion der Ressourcen für Konkurrenten ohne Kooperation mit dem Küstenstaat faktisch nicht möglich wäre. Aus beiden Fällen resultiert kein signifikantes Konfliktpotenzial (siehe U.S. Energy Information Administration 2013a, 2013b; Jenny 2014). Trotzdem hält sich der Mythos des Südchinesischen Meeres als eines neuen persischen Golfs, wobei selten die genaue Geographie der vermuteten Vorkommen beachtet wird.

In den 1990er Jahren wechselten auch die prominenten Konfliktparteien. War bislang der Konflikt vor allem zwischen China und Vietnam ausgetragen worden, so traten nun die Philippinen an die Stelle von Vietnam. Auch wandelte sich die Gesamtdynamik mit dem Beitritt Vietnams zur ASEAN und der Normalisierung der Beziehungen zu den USA im Gefolge des Zusammenbruchs des Ostblocks. Gleichzeitig wurden die Stimmen prominenter, die vor dem sich ökonomisch rasant entwickelnden China als einer mittel- und langfristigen strategischen Gefahr warnten. Was aus wirtschaftlicher Sicht positiv bewertet wurde, mutierte durch die strategische Brille zur Gefahr, zum „China Threat“. Gerade hatten sich die Sowjets aus Vietnam zurückgezogen und die USA ihre Basen auf den Philippinen schließen müssen, was die Vision eines Machtvakuum aufscheinen ließ, die es dem erstarkenden China erlauben könnte, unilateral die Kontrolle über die Inselgruppen zu übernehmen und damit zentrale strategische Interessen der USA zu gefährden (Hurwitt 1993: 45; siehe auch: Meyer 1996).

Auch hatten die USA ihren Zugang zu den Philippinen verloren, nachdem diese 1992 den Truppenstationierungsvertrag aufgekündigt hatten, eine Entwicklung, die den philippinischen Konservativen und Wirtschaftsvertretern missfiel, die sie aber angesichts der stark anti-imperialistischen und anti-amerikanischen Stimmung der politischen Öffentlichkeit kurzfristig nicht verhindern konnten. Für sie ging es darum, ein neues Vertragswerk zu schaffen, das den US-Truppen wieder Zugang zu den Philippinen gewährte und auch die Militärhilfe wieder auf stabile Beine stellte.

Diese Ereignisse resultierten in einer geänderten Wahrnehmung in den USA und der ASEAN-Region, als China 1994/1995 ein weiteres Riff, das sogenannte Mischief Reef, innerhalb der Spratly-Inseln besetzte, wogegen insbesondere die Philippinen scharf protestierten. Es folgten Gegenaktionen Vietnams und insbesondere der Philippinen, die ein nördlich der Spratlys gelegenes Atoll (Scarborough Shoal) besetzten, das auch China beanspruchte.

Die Eskalation der Situation vor Ort flaute erst 1999 deutlich ab, nachdem ein neues Truppenstatut (*Visiting Forces Agreement*, VFA) mit den USA vom philippinischen Senat

1 Der staatliche chinesische Ölkonzern CNOOC setzt die Reserven deutlich höher an. Im Vergleich zur EIA-Schätzung liegen die chinesischen Zahlen um das Zehnfache bei Öl und das Zweieinhalbfache bei Gas höher. Anders als die EIA gibt CNOOC jedoch nicht an, wo die Vorkommen vermutet werden. Die größten neu entdeckten Vorkommen, an deren Ausbeutung CNOOC arbeitet, befinden sich jedoch alle in den auch von der EIA als sehr rohstoffreich eingeschätzten Zone südlich des chinesischen Festlands und zwischen Hainan und den Paracel-Inseln (Cockayne 2014 sowie Meldungen auf OffshoreEnergyToday).

ratifiziert worden war. Ein Jahr später unterzeichneten Vietnam und die VR China nach über 25 Jahren Verhandlung einen Vertrag über die Grenzziehung im Golf von Tonkin sowie ein Abkommen, durch das die Fischerei in weiten Teilen des Golfs von Tonkin geregelt wurde. Die beiden Verträge traten 2004 in Kraft.

Diese Phase relativer Ruhe ging zu Ende, als die Philippinen im März 2009 die Basislinie, von der aus die Grenzen für die Territorialgewässer und die EEZ gerechnet werden, in einem Gesetz festschrieben (Republican Act 9522). Explizit erwähnt wurden zum einen die Kalayaan-Inseln sowie das Scarborough Shoal, wogegen China offiziellen Protest einlegte. Gleichzeitig reichten Vietnam und Malaysia bei der UN Commission on the Limits of the Continental Shelf (CLCS) eine gemeinsame und die Philippinen eine eigene Vorlage über die von ihnen beanspruchten Kontinentalschelfgebiete ein. Vietnam reichte noch eine weitere Vorlage über seine Ansprüche auf die weiter nördlich gelegenen Gebiete ein. Damit folgten alle drei Länder internationalen Vorgaben der CLCS, wonach die südostasiatischen Länder bis spätestens Mai 2009 ihre über die 200 Seemeilen breite EEZ hinausgehenden Ansprüche anmelden mussten, wollten sie sie nicht verlieren.

China und die Philippinen protestierten umgehend gegen die gemeinsame Vorlage Vietnams und Malaysias. Dem chinesischen Protest beigelegt war eine Karte mit den viel diskutierten chinesischen Ansprüchen (*nine-dash-line*) (China 2009). Diese Karte wird seit den 1940er Jahren von beiden Chinas zur Legitimation ihrer territorialen Forderungen benutzt. Die neun Striche auf einer Karte des Südchinesischen Meeres, mit denen die chinesischen Ansprüche skizziert werden, sind nicht nur deshalb problematisch, weil unklar ist, welches Gebiet damit genau umrissen wird. Darüber hinaus hat keines der beiden Chinas bislang klargestellt, welche Ansprüche es damit zu legitimieren gedenkt. Relativ unproblematisch wäre die Linie, wenn damit nur die Souveränitätsansprüche über alle davon eingeschlossenen Inselgruppen gemeint wären. Im Sinn eines „historischen Gewässers“ verstanden, könnte es unter Umständen die Freiheit der Schifffahrt in einem präzedenzlos großen und für die internationale Schifffahrt zentralen Meeresgebiet beschränken.

Da die UNCLOS-Vorlage von 2009 die erste offizielle Verwendung dieser Karte zur Untermauerung von Ansprüchen war, erregte sie besondere Aufmerksamkeit und Protest. Vietnam, Malaysia aber auch Indonesien protestierten umgehend gegen die territorial umfassenden und rechtlich unklaren Ansprüche, die mit der Karte suggeriert werden. Malaysia und Vietnam antworteten auch auf die philippinische Vorlage und Protestnote, wobei sie ihre Souveränität über die Spratlys (Vietnam) bzw. Sabah (Malaysia) betonten. Im August 2009 war dieses Blitzgewitter von Protest und Gegenprotest vorerst beendet. Im Frühsommer 2011 folgte der erste philippinische Protest gegen die chinesische Karte. China widersprach, gefolgt von Vietnam, das gegen beide Protest einlegte (Xue 2012: 313-319). Dieser zweijährige diplomatische Schlagabtausch, hervorgerufen durch die Stichtagsregelung der CLCS, bildete den Hintergrund, vor dem sich die Konfrontationen der letzten Jahre entwickelten.

2.3 Die Eskalation der letzten Jahre: China versus Vietnam

Der Konflikt zwischen Vietnam und China zeichnet sich einerseits durch eine beständige Politik gegenseitiger Provokationen aus, die in der Summe mehrheitlich von chinesischer Seite ausgehen dürften. Gleichzeitig versuchen beide Staaten, ihre Beziehungen nicht nur von diesen Auseinandersetzungen dominieren zu lassen. Vietnam schließlich greift in den letzten Jahren verstärkt auf eine Strategie des Balancing zurück, indem es sich sicherheitspolitisch vorsichtig an die USA anlehnt und auch die politische Kooperation mit Japan stärkt. Gleichzeitig achtet Vietnam darauf, die grundlegende Position der Sicherheitspolitik der ASEAN nicht zu verletzen, wonach die Probleme innerhalb der Region durch regionale Akteure bearbeitet werden sollen.

Fischereikonflikte sind ein durchgängiges Problem, da alle Konfliktparteien Fischerboote der anderen Staaten aufbringen, was regelmäßig zu Protesten und Gegenprotesten führt. Besonders problematisch ist das von China erlassene saisonale Fischereiverbot in den nördlichen Gewässern, das von Vietnam und den Philippinen nicht anerkannt wird.

Die „üblichen“ Auseinandersetzungen eskalierten im Jahr 2011, als chinesische Fischerboote und Küstenwachtschiffe ein vietnamesisches und ein von Vietnam gechartertes norwegisches Explorationsschiff bedrängten und deren unterseeische Kabel durchtrennten (Saigon Giai Phong 2011). Im gleichen Jahr rammte ein vietnamesisches Küstenwachtschiff zumindest einmal absichtlich ein chinesisches. Allenthalben finden sich Berichte über riskante und provokative Aktionen.² China warf Vietnam vor, eine aggressive Politik zu verfolgen, die darauf abziele, den Status quo zu ändern, indem sie die USA stärker in die Region einbinden. Die chinesische stark nationalistische *Global Times* drohte in diesem Zusammenhang sogar mit dem Einsatz der Marine (*Global Times* 2011a).

Trotz dieses bedrohlichen Szenarios gelangten die beiden Parteien nach Monaten diplomatischer Bemühungen noch 2011 zu einer Übereinkunft über die grundlegenden Prinzipien der Bearbeitung der Konflikte (Vietnam+: 2011). Allerdings setzten beide Seiten trotz dieses ersten diplomatischen Schrittes ihre provokativen Aktivitäten fort. 2012 beschuldigte Vietnam China wiederholt, seine Explorationsaktivitäten zu behindern. Gleichzeitig erließ Vietnam 2012 ein neues Schifffahrtsrecht, das die vietnamesischen Ansprüche auf die Paracel- und Spratly-Inseln untermauerte. China seinerseits ordnete im gleichen Jahr die Paracel- und Spratly-Inseln der Provinz Hainan zu. Ende des Jahres gab Hainan dann neue „Regulations for the Management of Coastal Border Security and Public Order in Hainan Province“ heraus, die die mediale Aufmerksamkeit auf sich zogen, weil sie scheinbar die Freiheit der Schifffahrt zu beschränken drohten. Im Endeffekt bezogen sich die entsprechenden Sequenzen jedoch ausschließlich auf die chinesischen Territorialgewässer, die freilich aus chinesischer Sicht die Paracel- und Spratly-Inseln einschließen (Fravel 2013, siehe auch Fravel 2012). Ende 2013 gab die chinesische Provinz Hainan, von wo aus das Südchinesische Meer verwaltet wird, neue Fischereiregelungen

2 Für einzelne filmische Beispiele für derartige Aktionen siehe: <http://bit.ly/SzyrOR>, <http://bit.ly/1opllwy> 4.6.2014

heraus, nach denen alle nicht-chinesischen Schiffe Genehmigungen für Fischfang oder Unterwasser-Erkundungen innerhalb der von Hainan verwalteten Meeresregionen beantragen müssen, was mehr als die Hälfte des Südchinesischen Meeres betrifft (Thayer 2014a). Grundsätzlich gilt jedoch, dass „the recent Hainan rules do not outline or articulate a new policy position regarding foreign fishing vessels in Chinese claimed waters“ (Fravel 2014). Sie entsprechen vielmehr dem nationalen Fischereigesetz von 2004 und unterscheiden sich nur marginal von entsprechenden Regeln von 1993 und 2008 (Kardon 2014). Gleichzeitig gibt es in Vietnam Bestrebungen, die umstrittenen Inselgruppen bei einer geplanten Verfassungsänderung explizit mit in die Präambel aufzunehmen (VietNamNet 2013). Die VR China führte dagegen 2012 neue Reisepässe ein, in die eine chinesische Karte eingedruckt ist, die alle umstrittenen Inselgruppen als chinesisch darstellt. Vietnam bemühte sich verstärkt darum, die eigenen historischen Ansprüche mit neuen Dokumenten zu untermauern (BienDong.Net 2014). In der ersten Mai-Hälfte 2014 fanden die vorläufig letzten Auseinandersetzungen statt. China versuchte, eine Ölbohrplattform zu Explorationszwecken innerhalb der von Vietnam beanspruchten EEZ westlich der Paracel-Inseln zu installieren. Der Ort der Probebohrungen ist ca. 30 km von der nächsten der chinesisch besetzten (aber von Vietnam beanspruchten) Paracel-Inseln und 240 km vom vietnamesischen Festland entfernt. Beide Seiten beschuldigten sich, Schiffe der jeweils anderen Nation gerammt und sich gegenseitig mit Wasserwerfern beschossen zu haben. Vietnam soll Froschmänner eingesetzt und den Kurs der chinesischen Bohrplattform mit Fischernetzen und anderen großen Objekten blockiert haben. Besonders außergewöhnlich ist nicht nur, dass China damit erstmals in umstrittenen Gebieten ohne Zustimmung des anderen Staates eine Plattform installiert, sondern auch, dass zu den Begleitschiffen mehrere Schiffe der chinesischen Marine gehören. Trotz entsprechender vietnamesischer Forderungen konnten sich die ASEAN-Regierungschefs auf ihrem regulären Treffen, das kurz nach den Ereignissen stattfand, nicht auf eine kritische Stellungnahme zum chinesischen Handeln einigen, sondern drückten nur allgemein ihre Sorge über die Entwicklungen im Südchinesischen Meer aus. Allerdings erfolgte dies in einer eigenen Verlautbarung, was dahingehend ausgelegt werden kann, dass „this statement implicitly expresses support for Vietnam“ (Thayer 2014c). Anders als in der Vergangenheit wurde in vietnamesischen Medien ausführlich über die Auseinandersetzungen berichtet, was zu massiven Protesten und Gewalt gegen scheinbar chinesische Firmen in Südvietnam führte, die jedoch de facto vor allem taiwanische Firmen und deren (VR-chinesische) Arbeiter trafen. Mehrere Chinesen starben und Dutzende wurden verletzt.

Trotz der Politik gegenseitiger Nadelstiche kamen in den vergangenen Jahren regelmäßig die Unterhändler beider Seiten zusammen, um die Grundlagen des Vertrags von 2011 in konkrete Schritte umzusetzen. Ende 2013 einigten sich die Parteien auf zwei gemeinsame Projekte im Golf von Tonkin (Tuoitrenews 2013). Auf Treffen höchster Ebene gelang es ihnen auch, den Konflikt weitgehend von der in vielerlei Hinsicht positiven Zusammenarbeit, etwa dem gemeinsamen Fünf-Jahres-Entwicklungsplan, abzuschotten und so sein Eskalationspotenzial zu begrenzen (VietNamNews 2013). Auch beschlossen China und Vietnam die Errichtung einer Fischereihotline ebenso wie einer Hotline zwischen den beiden Streitkräften. Ob die maritimen Konflikte den übergeordneten politischen Interessen auch weiterhin so relativ erfolgreich untergeordnet werden können

wie in den vergangenen Jahren, ist nach dem jüngsten Zwischenfall, der die starken anti-chinesischen Gefühle der vietnamesischen Bevölkerung sichtbar machte, unklar. Eine neue Entwicklung könnte sich durch eine unerwartete VN-Initiative der chinesischen Seite ergeben, die Anfang Juni ein Positionspapier an die Vereinten Nationen sandte, mit der Aufforderung, dies an die Repräsentanten aller Staaten zu verteilen. Obgleich China weiterhin die Einschaltung internationaler Schiedsgerichtsbarkeit ablehnt, ergeben sich durch die Einschaltung der Vereinten Nationen neue Optionen unterhalb der institutionalisierten Schiedsgerichtsbarkeit.

Parallel zu seinen Bemühungen um die Unterstützung durch ASEAN und die Aufrechterhaltung guter Arbeitsbeziehungen mit China in vielen anderen Politikfeldern intensiviert Vietnam, wie zuvor schon erwähnt, seit einigen Jahren seine Beziehungen zu den USA. Dies gilt sowohl für die ökonomischen als auch die militärischen Beziehungen. So wuchs der bilaterale Handel von ca. 450 Millionen US\$ vor der Normalisierung der Beziehungen 1995 auf knapp 30 Milliarden US\$ im Jahr 2013. Betrachtet man sich die Entwicklung der letzten Jahre, so wird sichtbar, dass die USA wie auch die EU vor allem als Exportmärkte für Vietnam notwendig sind, wohingegen China den mit Abstand wichtigsten Importmarkt darstellt. Ganz offensichtlich ist Vietnam ökonomisch extrem abhängig von chinesischen Importen und erwirtschaftet die dazu nötigen Devisen im Handel mit Europa und den USA. Diese Handelsstruktur selbst stellt aber sicher, dass weder die USA noch die EU die Rolle Chinas als wichtiger Motor der vietnamesischen Entwicklung ersetzen können.

Militärisch ist Vietnam auf eine vorsichtige Annäherung an die USA bestrebt. Fünf Jahre nach der Normalisierung der Beziehungen besuchte im Jahr 2000 erstmals ein amerikanischer Verteidigungsminister Vietnam. Seit 2003 besuchen amerikanische Kriegsschiffe regelmäßig vietnamesische Häfen. Auch lässt die US-Marine seit einigen Jahren kleinere Reparaturen in Vietnam durchführen. Seit 2010 gibt es in regelmäßigen Abständen bilaterale Dialoge auf Vizeministerebene und auch Besuche auf höchster politischer sowie auf militärischer „Arbeitsebene“ (für Details s. z.B. Thayer 2013a). Im Sommer 2013 wurde anlässlich des Treffens von US-Präsident Barack Obama mit dem vietnamesischen Präsidenten Truong Tang Sang im Weißen Haus eine neue U.S.-vietnamesische „umfassende Partnerschaft“ verkündet. Gleichzeitig akzeptierte Vietnam amerikanische Angebote, Maßnahmen zur Erhöhung der maritimen Sicherheit zu finanzieren, inklusive der Lieferung von Patrouillenbooten für die Küstenwache (Tiezzi 2013). Die Lieferung derartiger Boote ist ein starkes Signal, das aus chinesischer Sicht als Baustein einer amerikanischen Containment-Strategie interpretiert werden kann, eine Strategie, die über die Stärkung der ohnehin vorhandenen Kette von US-Alliierten hinausgehend, ähnlich der NATO-Strategie im ehemaligen Ostblock, die neutralen Räume in Ostasien an das eigene Lager anzubinden und langfristig zu inkludieren versucht.

Trotz der Annäherung an die USA hat Vietnam bislang kein Interesse an gemeinsamen Militärmanövern mit den USA gezeigt. Zwar gibt es seit 2010 gemeinsame Aktivitäten, diese bleiben jedoch auf *Search and Rescue*-Operationen u.ä. beschränkt. Die Zahl offizieller amerikanischer Besuche in vietnamesischen Häfen beläuft sich auf einen pro Jahr (Thayer 2013a). Anders als die Philippinen, Südkorea oder Japan setzt Vietnam bisher offensichtlich

nicht auf den Schutz, den eine Allianz mit den USA langfristig bieten kann, sondern laviert eigenständig zwischen den Lagern. Die Beziehungen zu den USA werden seit 2003 trotz vielfach geänderter Rahmenbedingungen immer noch definiert als „Kooperation und Kampf“, was bedeutet, dass Vietnam dort mit den USA kooperiert, wo sie Interessen teilen, aber auch gegen die USA optiert „when it challenges Vietnam’s national interests, such as one-party rule and human rights“ (Thayer 2014b; Communist Review 2013). Aus vietnamesischer Sicht ist der „fight against so called ‘peaceful evolution’ and the violently subversive acts committed by hostile forces“ (Communist Review 2014), d.h. der Kampf gegen die Unterminierung der Herrschaft der kommunistischen Partei, ebenso bedeutend wie der gegen territoriale Ansprüche; und in dieser Hinsicht sind die Interessen der chinesischen und vietnamesischen Eliten deckungsgleich.

In den letzten Jahren wurden auch die seit langem im Entwicklungshilfebereich schon bestehenden intensiven vietnamesisch-japanischen Beziehungen in das Feld der Sicherheitspolitik hinein ausgedehnt. Eine direkte militärische Kooperation bleibt vor dem Hintergrund der Beschränkungen durch die japanische Verfassung bislang zwar ausgeschlossen, allerdings diskutieren beide Länder die Lieferung japanischer Patrouillenboote für die vietnamesische Küstenwache (Asahi Shimbun 2013a; Voice of Vietnam 2014a). Eine zentrale Voraussetzung hierfür war die im Oktober 2013 erfolgte Ausgliederung der vietnamesischen Küstenwache (*Marine Police*) aus den Streitkräften, da die entsprechenden japanischen Mittel nicht für militärische Programme gewährt werden können (Global Times 2013d). Im militärischen Bereich ist seit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Memorandums zwischen den beiden Verteidigungsministern in 2011 eine deutliche Intensivierung hochrangiger Besuchsdiplomatie zu beobachten.

Feine Unterschiede werden deutlich, wenn etwa in einem gemeinsamen Communiqué aus Anlass des Treffens des japanischen Premierministers mit dem vietnamesischen Präsidenten im März 2014 bestimmte, gegen China gerichtete Positionen *expressis verbis* dem japanischen Premierminister zugeschrieben werden (vgl. Joint Communiqué in Voice of Vietnam 2014a: Artikel 68). Derartige Feinheiten verdeutlichen, dass Vietnam bestrebt ist, eine eigenständige Position zu wahren und sich von anti-chinesischer Rhetorik zu distanzieren.

Trotz dieser sichtbaren Bemühungen, die Unterstützung der USA und Japans im Konflikt mit China zu gewinnen, bleiben die regionalen Akteure und ASEAN sowie das regionale Konzept der „regional resilience“ für Vietnam zentral. Dies wird auch explizit zum Ausdruck gebracht, wenn es, wie aus Anlass des Treffens der Premierminister von Vietnam und Malaysia heißt, „ [t]he two Leaders [...] reaffirmed the importance of upholding ASEAN’s unity and centrality in the maintenance of peace and stability, maritime security, freedom of navigation in and over flight above the East Sea“ (Voice of Vietnam 2014a).³

3 Ostmeer (Biển Đông) ist die offizielle vietnamesische Bezeichnung für das Südchinesische Meer. Im chinesischen heißt es Südmeer (Nanhai, 南海), und die Philippinen haben die Bezeichnung Westphilippinisches Meer (Dagat Kanlurang Pilipinas) eingeführt.

Die bisherige Positionierung Vietnams ist nicht selbstverständlich, wie die nachfolgende Analyse der philippinisch-chinesischen Konfliktodynamiken zeigt. Anders als Vietnam verfolgen die Philippinen eine einseitige Anlehnung an die USA (*bandwagoning*) und eine umfassende Internationalisierung des Konflikts durch die Inklusion Japans, Australiens und anderer Mächte sowie den selektiven Einbezug internationaler Gremien.

2.4 Die Eskalation der letzten Jahre: China versus die Philippinen

Unter der philippinischen Arroyo-Regierung (2001-2010) hatte es signifikante Annäherungen zwischen den Philippinen und der VR China gegeben. 2004 war zwischen der Philippine National Oil Company und der China National Offshore Oil Corporation ein bilateraler Vertrag unterzeichnet worden „with a view of engaging in a joint research of petroleum resource potential of certain areas of the South China Sea“ (Joint Agreement 2004). 2005 trat Vietnam diesem Vertrag bei, der entsprechend erweitert wurde (Tripartite Agreement 2005). Dieses Abkommen wurde wenig später ein Opfer der philippinischen Innenpolitik. Zum einen wurde der Präsidentin vorgeworfen, dass sie für den ursprünglichen Vertrag von 2004 hohe Bestechungssummen über andere parallel unterzeichnete Übereinkünfte zwischen China und den Philippinen erhalten habe. Zum anderen wurde kritisiert, dass China mit der Übereinkunft *de facto* Zugang zu philippinischen Meeresgebieten erhalte und der Vertrag somit die philippinischen Ansprüche untergrabe. Unter Druck ließ die philippinische Regierung 2008 den Vertrag auslaufen. Trotzdem blieben die bilateralen Beziehungen zunächst relativ entspannt.

Der Konflikt zwischen China und den Philippinen eskalierte im Südchinesischen Meer erstmals im Februar 2011. Auslöser war der Zusammenstoß zwischen einer chinesischen Fregatte und philippinischen Fischern. Wenig später zwangen zwei chinesische Küstenwachtschiffe ein Explorationsschiff zum Abdrehen. Die Philippinen reagierten, indem sie dem Explorationsschiff bis zum Abschluss der Untersuchungen ihrerseits zwei Küstenwachtschiffe zur Seite stellten. Mehrere kleinere Provokationen folgten. Im Herbst des gleichen Jahres rammte ein Schiff der philippinischen Marine ein chinesisches Fischerboot, das angeblich im Bereich der umstrittenen *Reed Bank* gefischt hatte. Dies sei ein Unfall gewesen, wofür sich die Philippinen entschuldigten (Inquirer.net 2011).

2012 brachte neue Höhepunkte der bilateralen Konfrontation, da sich erstmalig ein philippinisches Kriegsschiff und zwei chinesische Küstenwachtschiffe gegenüberstanden. Die chinesischen Schiffe waren chinesischen Fischern zu Hilfe geeilt, nachdem die philippinische Marine versucht hatte, diese bei Scarborough Shoal, in einem Gebiet ca. 100 Seemeilen von den Philippinen entfernt, wegen illegalen Fischens festzunehmen. Dieses Ereignis ist deshalb von Bedeutung, weil damit erstmals seit den militärischen Auseinandersetzungen der 1980er Jahre von einem Staat Militär eingesetzt worden ist, eine hochgefährliche Entwicklung, die implizit eingestanden wurde, als die Philippinen das Marineschiff zurückzogen und durch Küstenwachtschiffe ersetzten. China reagierte jenseits der üblichen Arena. Es hielt u.a. 1.500 Container, gefüllt mit philippinischen Bananen, wegen angeblichen Schädlingsbefalls so lange fest, bis die Bananen verdorben waren. Schließlich lenkte die philippinische Regierung scheinbar ein, so dass die verschärften

Kontrollen aufgehoben wurden. Allerdings wurden die Philippinen im gleichen Jahr auf symbolischer Ebene aktiv, als sie große Teile des Südchinesischen in Westphilippinisches Meer umbenannten (President of the Philippines .2012).

2013 verstärkte China seine Kontrolle über Scarborough Shoal, wo es Versuche philippinischer Fischer vereitelte, ihrem Gewerbe nachzugehen. Die philippinische Küstenwache tötete einen taiwanesischen Fischer. Dessen Boot war in einer Meeresregion zwischen den Philippinen und Taiwan beschossen worden, wo sich die EEZ-Ansprüche der beiden Staaten überlappen. Nachdem die philippinischen Behörden zunächst argumentiert hatten, das taiwanische Schiff habe versucht, das Küstenwachtschiff zu rammen und die Schüsse der Verteidigung dienten, mussten sie diese Position revidieren, nachdem Taiwan eine Untersuchung erzwang, in deren Verlauf Filmaufnahmen öffentlich wurden, die zeigten, dass die philippinische Besatzung auf das fliehende taiwanische Schiff schoss.

Anfang 2014 eskalierte die Situation zwischen der VR China und den Philippinen erneut, nachdem der philippinische Präsident Aquino die VR China implizit mit dem Dritten Reich verglichen hatte (Auszüge aus dem Interview: Official Gazette 2014). In diesem Zusammenhang forderte sogar ein US-General, dass die Philippinen ihre anti-chinesische Rhetorik zurückfahren sollten. General Herbert Carlisle betonte: „The de-escalation of tensions has got to be a multilateral approach and it’s not just one country that needs to de-escalate“ (zitiert nach Businessweek 2014).

Einige Tage vor der rhetorischen Eskalation durch den philippinischen Präsidenten hatte die chinesische Küstenwache im Scarborough Shoal philippinische Fischerboote mit Wasserwerfern beschossen. Wenig später eskalierte die Situation auf einer anderen Untiefe innerhalb der Spratlys, dem Second Thomas Shoal. Dort liegt seit 1999 ein philippinisches Landungsboot, das damals auf Grund gelaufen war. Seitdem sind eine kleine Zahl Soldaten auf diesem rostenden Schiff stationiert, eine Maßnahme, die dazu dienen soll, die philippinischen Ansprüche auf die Inseln durch staatliche Präsenz zu untermauern. Anfang März blockierten chinesische Schiffe die Versorgungsschiffe des philippinischen Außenpostens. Während die Philippinen dagegen protestierten und die USA dies als provokative Aktion bezeichneten, erklärte China, dass die Versorgungsschiffe Zement und andere Baumaterialien transportiert hätten, was die Vermutung nahelegen würde, die Philippinen hätten geplant, ihre Position auf der Untiefe auszubauen. Damit aber würden sie gegen die 2002 unterzeichnete Declaration on the Conduct of Parties in the South China Sea verstoßen. Während China bislang davon ausgegangen war, das Schiff sei unbeabsichtigt auf Grund gelaufen, bestätigte nun 2014 das philippinische Außenministerium erstmalig offiziell, dass es absichtlich auf Grund gesetzt worden sei, um die chinesischen Aktivitäten in der Region zu beobachten (Philippines Department of Foreign Affairs 2014).

Der Beginn der Eskalation im Jahr 2012 markiert in gewissem Sinn die Abkehr der Philippinen von der ASEAN als der in der Region allgemein anerkannten Organisation, durch deren Hilfe bzw. Initiative regionale Konflikte bearbeitet werden sollen. ASEAN gelang es 2012 nicht, sich zu einer gemeinsamen Position zu den Territorialkonflikten im Südchinesischen Meer bzw. zumindest zu einer gemeinsamen Position gegenüber China durchzuringen. In der Folge wechselten die Philippinen zu einer unilateralen Strategie, die

zum einen darauf baute, externe, militärisch schlagkräftige bzw. finanziell gut gestellte Alliierte für ihren Konfrontationskurs mit China zu gewinnen. Zum anderen nutzten die Philippinen Anfang 2013 die internationale Bühne in Form des Ständigen Schiedshofs, wo sie ohne Absprache mit den anderen ASEAN-Partnern die chinesischen Ansprüche überprüfen lassen wollten.

Zunächst festigten die Philippinen rhetorisch ihre Beziehungen zur Schutzmacht USA, indem sie immer wieder herausstellten, dass aus ihrer Sicht ein Konflikt in den mit China umstrittenen Territorien unter den bilateralen Verteidigungsvertrag mit den USA fallen würde, mithin eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen China und den Philippinen in dieser Gegend den Beistandsfall auslösen könnte (s. insbesondere Außenminister del Rosario 2012). Die USA hielten sich in dieser Hinsicht bedeckt, indem sie zum einen zwar betonten, dass sie ihren Verpflichtungen aus dem gegenseitigen Verteidigungspakt von 1951 nachkommen werden, jedoch im Unklaren ließen, inwieweit dieser Pakt aus ihrer Sicht die umstrittenen Territorien umfasst. Schon Anfang 2012 wurden jedoch Stimmen laut, die davor warnten, sich vor den philippinischen Karren spannen zu lassen: „There is the possibility that some Asian partners will seek to extend our commitment in ways that are good for them but not necessarily good for us. A case in point is the Philippines desire to extend the territorial scope of the U.S. defense commitment to include islands in the Spratlys that Manila claims“ (Bush 2012).

Parallel zu den Bestrebungen um eine klare amerikanische Zusage, den Philippinen im Fall militärischer Auseinandersetzungen mit China im Südchinesischen Meer zu Hilfe zu kommen, bemühten sich die Philippinen um verstärkte militärische Hilfe durch die USA, denen sie im Gegenzug einen größeren Zugang zu philippinischen militärischen Einrichtungen zu gewähren bereit waren. Im April 2014 wurde das entsprechende neue Truppenstatut unterzeichnet. Ein ähnlicher Vertrag mit Australien war 2012, fast fünf Jahre nach der Unterzeichnung, vom philippinischen Senat ratifiziert worden. Der einzige Senator, der gegen den Vertrag stimmte, beschuldigte die Regierung, sie habe seine Kollegen über den Umweg der externen chinesischen Gefahr unter Druck gesetzt und unnötigerweise die ASEAN-basierte Strategie aufgegeben (Inquirer.net 2012b, Amurao 2012).

Spätestens seit 2012 unterstützt auch Japan, das eigene Territorialprobleme mit China im Ostchinesischen Meer hat, aktiv die Philippinen. So wurde in diesem Jahr nicht nur eine bilaterale Übereinkunft über eine Intensivierung der Verteidigungszusammenarbeit abgeschlossen, sondern auch die Finanzierung von zehn Küstenwachbooten als Teil der Entwicklungszusammenarbeit sowie von zwei weiteren Schiffen auf der Basis günstiger (Entwicklungshilfe-)Kredite sichergestellt. Ein besonderes Augenmerk der verstärkten Zusammenarbeit liegt „in the field of maritime security. Japan pledged its continued support towards the Philippines’ capability-building in this field“ (Philippines Embassy in Japan 2013; siehe auch Sunstar 2013). Was 2009 erstmals noch mit Blick auf die ökonomische Krise als Planung formuliert war, die Stärkung der bilateralen Beziehungen mit dem Ziel einer strategischen Partnerschaft (Japan-Philippines Joint Statement 2009), wurde 2011 aus Anlass des Treffens des philippinischen Präsidenten mit dem japanischen Premierminister strategisch gewendet, als die zwei Länder charakterisiert wurden als „maritime countries bound by shared basic values and common strategic interests“. Deut-

licher noch als in der Allianz mit den USA betonen die beiden Seiten, dass die Kooperation auf der Grundlage einer Wertegemeinschaft erfolgt zwischen zwei Ländern, die

„share such basic values as freedom, democracy, fundamental human rights and the rule of law, they have developed together as free and dynamic market economies, and they have such common strategic interests as ensuring the safety of sea lines of communication“ (Japan-Philippines Joint Statement 2011).

Vor dem Hintergrund dieser gestärkten Position konnten die Philippinen 2013 eine gänzlich neue Strategie initiieren, die freilich den Bruch mit dem ASEAN-Konsens überdeutlich machte. Dieses Jahr begann mit einem Paukenschlag, als die Philippinen ohne Absprache mit den anderen ASEAN-Staaten die maritime Territorialproblematik dem Ständigen Schiedshof in Den Haag unterbreiteten. China hatte, wie viele andere Staaten auch, bei der Unterzeichnung bzw. Ratifizierung von UNCLOS angekündigt, dass es von seinem Recht Gebrauch mache, die entsprechenden Artikel von UNCLOS, die auf eine Schiedsgerichtsbarkeit verweisen, nicht zu akzeptieren (Artikel 298; vgl. China Declaration After Ratification 2006). Die Philippinen umgingen die Problematik, indem sie sich an den Ständigen Schiedshof wandten und ihn nicht um einen Entscheid zur Territorialproblematik selbst baten, sondern zur Frage, inwieweit die chinesische *Nine-Dash-Line* mit dem modernen Seerecht vereinbar ist. Erwartungsgemäß verweigert sich China dem Verfahren, das seit Frühjahr 2013 läuft. Die philippinische Vorgehensweise wird politisch aktiv von Japan und den USA unterstützt, obgleich sich letztere selbst derartigen internationalen Gerichten in der Regel verweigern. Während die Philippinen sich somit die Unterstützung ihrer wichtigsten externen Partner sicherte, gelang ihnen das nicht in Bezug auf die anderen Konfliktparteien und die restlichen ASEAN-Staaten. Trotz philippinischen Werbens weigerten sich sowohl Malaysia als auch Vietnam, an der Seite der Philippinen in das Verfahren einzutreten (Straits Times 2013, Storey 2013). So merkte der malaysische Verteidigungsminister an: „Just because you have enemies, doesn't mean your enemies are my enemies.“ Auf chinesische Patrouillen in malaysischen Gewässern angesprochen, betonte er, „I think we have enough level of trust that we will not be moved by day-to-day politics or emotions.“ Er fügte hinzu, es gebe keinen Grund gegen gemeinsame Exploration mit chinesischen Firmen; „if they want to object, I would like to know why? [...] If they are just objecting for the sake of objecting, that doesn't make sense“ (zitiert nach: Business Mirror 2013). In Anbetracht der Eskalation des vietnamesisch-chinesischen Konflikts in den letzten Monaten besteht jedoch die Möglichkeit, dass zumindest Vietnam seine Position ändert und doch noch den philippinischen Vorstoß unterstützt.

Für die Philippinen hat sich die Eskalation der letzten Jahre in mehrerer Hinsicht ausgezahlt. Möglich wurde dies durch eine zweifache Entwicklung. Zum einen durch die mit der Obama-Regierung verstärkte sicherheitspolitische Rückwendung der USA zum asiatischen Raum unter dem Schlagwort des US-amerikanischen Schwenks nach Asien („pivot to Asia“). Zum anderen durch die verstärkten japanischen Bemühungen um eine größere und eigenständigere sicherheitspolitische Führungsrolle im asiatischen Raum und die Bildung eines potenziell gegen China gerichteten Bogens der Freiheit und Wohlfahrt (Arc of Freedom and Prosperity). Der verstärkte Fokus der beiden externen Mächte auf die Region ermöglichte es den Philippinen, die aus ihrer Sicht schwache und uneinige ASEAN zugunsten eines Rückgriffs auf den alten (USA) bzw. neuen (Japan) Sicherheitsgaranten im

Konflikt mit der VR China an den Rand zu drängen. Die Philippinen profitierten auch finanziell von der Eskalation des Konflikts mit der VR China.

Noch Mitte der 2000er Jahre hatte die direkte US-Militärhilfe trotz des 1999 in Kraft getretenen Visiting Forces Agreement nur ca. 30 Prozent der Summe betragen, die die Philippinen vor der Kündigung des Stationierungsvertrags 1992 erhalten hatten. Massive Kampagnen nationaler und internationaler NGOs gegen die hohe Zahl extralegalen Tötungen in den Philippinen resultierten 2007 in einem offiziellen Besuch des VN-Berichtserstatters für Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, Massenhinrichtungen oder willkürliche Exekutionen, Philip Alston. In seinem Bericht wies er die Verantwortung für die Gewalt zu großen Teilen den Streitkräften zu. In der Folge sank nicht nur die amerikanische Militärhilfe von gut 40 Millionen US\$ (2007) auf ca. 30 Millionen. Darüber hinaus banden der US-Kongress und der Senat einen Teil der Hilfen an die Erfüllung von Konditionen, die eine bessere Beachtung von Menschenrechtsstandards forderten (Olea 2009, Lum 2012). 2011 war die gesamte (direkte) Militärhilfe auf ca. 15 Millionen US\$ zusammengeschrumpft. Für 2012 waren 16,3 Millionen US\$ geplant (U.S. Department of State 2013b: 501). Von diesen Summen wurden 2008 und 2009 jeweils 2 Millionen US\$ zurückgehalten, weil die philippinische Regierung die Auflagen nicht erfüllt hatte. 2010 und 2011 wurden 3 Millionen US\$ zurückgehalten. Die gleiche Konditionierung war für 2012 geplant (U.S. Congress 2012: 1231).

Diese restriktive US-amerikanische Politik änderte sich deutlich nach den in nationalen und internationalen Medien breit beachteten Zusammenstößen im Südchinesischen Meer. Mit der chinesischen Bedrohung als zentralem Argument forderte der philippinische Außenminister Albert del Rosario die USA nicht nur zu verstärkter Militärhilfe auf, sondern auch zur Aufhebung der Verknüpfung von Menschenrechten und Militärhilfe (Inquirer.net 2012a). Und tatsächlich wurden die für 2012 geplanten 16 Millionen US\$ Militärhilfe auf 50 Millionen erhöht, von denen 29 Millionen US\$ tatsächlich abgerufen wurden (Katigbak 2013). Im Fiskaljahr 2013 flossen 27,1 Millionen US\$. Für 2014 sind knapp 52 und für 2015 42 Millionen US\$ beantragt (U.S. Department of State o. J.: 171, 17). Die noch im Government Appropriations Act für 2012 explizit aufgelisteten menschenrechtsbezogenen Konditionen entfielen in den nachfolgenden Jahren, obgleich sich die Menschenrechtssituation in den Philippinen nicht signifikant verbessert hat (Human Rights Watch 2012, 2014, U.S. Department of State 2013a, Philippine Star 2014). Ende 2013 stellten die USA über die IMET und FMF hinausgehende Mittel aus ihrem Global Security Contingency Fund bereit (U.S. Department of State 2013b).

2.5 Konfliktbearbeitung im Südchinesischen Meer: Eine Politik der Nadelstiche und der Intransigenz

Diese knappe Skizze zeigt, dass der Konflikt um die Territorien im Südchinesischen Meer vielschichtig ist. Erstens ist es ein multilateraler Konflikt, der je nach Meeresregion und Inselgruppe zwischen zwei und vier Kontrahenten umfasst. Zweitens handelt es sich um unterschiedliche Kategorien von Ansprüchen auf Inseln, Atolle und Felsen mit ihren Territorialgewässern, auf ausschließliche Wirtschaftszonen, die durch Kontinentalschelf-

basierte Forderungen vergrößert werden können, auf Archipelgewässer und historische bzw. traditionelle Gewässer, die rechtlich kaum bestimmt sind. Drittens prallen in verschiedenen Arenen unterschiedliche Mittel der Konfliktführung aufeinander. So setzen die konkurrierenden Staaten u.a. gezielt nationales Recht ein, um die eigene Position zu stärken. Über Jahrzehnte war die Besetzung neuer Inseln und Atolle eine beliebte Übung zur Demonstration nationaler Ansprüche. Hinzu kommt der Ausbau der Installationen, von Flughäfen über Häfen bis hin zu Überwachungseinrichtungen oder der Verstärkung der Truppen vor Ort. Ebenso regelmäßig werden Ansprüche dadurch unterstrichen, dass man Fischereiboote oder Forschungsschiffe von anderen Anspruchstellern an der Arbeit hindert oder beschlagnahmt.

Schließlich versuchen die Philippinen als bislang einzige Konfliktpartei, die generell bilaterale bzw. regionale Arenenstruktur durch einen einseitigen Rekurs auf extra-regionale nationale Akteure, insbesondere die USA und Japan, sowie auf internationale Gremien auszuweiten. Dagegen wehrt sich vor allem China.

Im Konflikthandeln vor Ort im Südchinesischen Meer sticht die VR China hervor, die im letzten Jahrzehnt immens an militärischer und ökonomischer Stärke gewonnen hat und danach strebt, diese auch im politischen Raum zum Tragen zu bringen. Anders als die anderen Konfliktparteien ist China nicht bzw. nur indirekt in multinationale Wertegemeinschaften eingebunden, auf die es Rücksicht nehmen müsste. Während Vietnam und die Philippinen auf je eigene Weise auf der Klaviatur der ASEAN und der Freundschaft mit den USA spielen können, ist China ein Einzelspieler, den kaum einer seiner Nachbarn als gutartigen Hegemon (*benign hegemon*) begrüßt. Generell werden zwar die Chancen, die im ökonomischen Erstarken der VR China liegen, gesehen und geschätzt. Gleichzeitig erscheint der bekannte Hegemon der USA jedoch als notwendige und verlässliche Rückversicherung gegen die prononciert vorgetragenen chinesischen Ansprüche. In vielerlei Hinsicht sieht man die Gefahr, dass China in Südostasien externer Intervention entgegentritt, die Region nach den eigenen Interessen und Vorstellungen zu ordnen strebt und in diesem Kontext nationale Interessen auch gegen Widerstand durchsetzt. Dies ist sicherlich erwartbare Großmachtspolitik im eigenen Umfeld, prominent durch den US-Präsidenten James Monroe 1823 bestimmt, als er die europäischen Mächte aus Amerika ausschloss mit einem Argument, das gleichermaßen China anwenden könnte, wenn man allein die Namen der Akteure vertauschte:

„The political system of the allied powers is essentially different, in this respect, from that of America [China; P.K.]. This difference proceeds from that which exists in their respective governments. And to the defence of our own, which has been achieved by the loss of so much blood and treasure, and matured by the wisdom of their most enlightened citizens, and under which we have enjoyed unexampled felicity, this whole nation is devoted. We owe it, therefore, to candor, and to the amicable relations existing between the United States [China; P.K.] and those powers, to declare, that we should consider any attempt on their part to extend their system to any portion of this hemisphere, as dangerous to our peace and safety“ (Taylor 1839: 398).

Angesichts des potenziellen Hegemons China sehen die beiden anderen prominenten Konfliktparteien seit vielen Jahren von gegenseitigen Provokationen ab und haben dadurch ihre Konflikte erfolgreich stillgestellt. Ein zentraler Grund hierfür dürfte sein, dass sie nicht unnötigerweise eine zweite Front eröffnen wollen. Hinzu kommt, dass sie sich als

Mitglieder der gleichen Gemeinschaft, ASEAN, wöhnen. Deren stabilisierende Wirkung und Unterstützung beruht jedoch darauf, dass ihre Mitglieder zumindest nicht aktiv gegeneinander agieren. Vietnam und die Philippinen setzen auch gleichermaßen (wenngleich auf unterschiedliche Art) auf die Unterstützung der USA. Diese basiert jedoch auf dem Szenario, dass kleine Mächte der Unterstützung gegen die Herausforderung durch den stärker und selbstbewusster werdenden chinesischen Drachen bedürfen. Dass aus dieser seit zwei Jahrzehnten im Wesentlichen unveränderten Konstellation keine Kooperation der zwei Länder in Bezug auf die Konfliktbearbeitung, etwa in gemeinsamen Vorlagen für UNCLOS, in Positionspapieren zum COC oder in der Anrufung internationaler Gerichtsbarkeit erwachsen ist, verdeutlicht, dass es vor allem der gemeinsame Gegner ist, der die gegenseitige Toleranz befördert.

Die Darstellung der Dynamiken der letzten Jahre und insbesondere das Handeln der Philippinen zeigten auf, dass die maritimen und territorialen Konflikte nicht isoliert von externen Mächten und deren Interessen analysiert werden können. Diesen durch die zwei wichtigsten externen Mächte, den USA und Japan, in die Region hineinwirkenden Dynamiken widmet sich das folgende Kapitel.

3. China und die USA: Der Konflikt um die Kontrollen über das Südchinesische Meer

Die Erfolge Vietnams und der Philippinen bei der Generierung von Finanzhilfe und politischer Unterstützung durch die USA und Japan verweisen auf eine weitere Dimension der Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer: den Konflikt zwischen der aufstrebenden Macht China auf der einen und der globalen Führungsmacht USA sowie Japan auf der anderen Seite.

Zwei miteinander verknüpfte Aspekte sind in diesem Kontext prominent. Zum einen die Machtverschiebung vom „Westen“ in den „Osten“, konkret nach Asien, die seit gut einem Jahrzehnt angesichts der wachsenden ökonomischen Stärke Asiens und insbesondere des ökonomischen aber auch militärischen Aufstiegs Chinas diskutiert wird, zum anderen die Frage, ob der Aufstieg Chinas friedlich bewerkstelligt werden kann, oder ob China seine neu gewonnene und wachsende Stärke in einem revisionistischen Sinn einsetzen wird. Letzteres würde die etablierte asiatische Ordnung und die hegemoniale Rolle der USA in der Region bedrohen und könnte möglicherweise in kriegerische Auseinandersetzungen münden. In diesem Sinn etablierte sich die Vision einer Bedrohung durch China (*China threat*).

Sowohl der wahrgenommenen Machtverschiebung als auch dem im chinesischen Aufstieg begründeten Bedrohungspotenzial versuchen die USA mit einem „reengagement“ in Asien zu begegnen, das in den ersten Jahren der Obama-Regierung unter dem Slogan des „pivot to Asia“ und später als „rebalancing“ firmiert. Ziel amerikanischer Politik ist dabei, den Status quo einer von den USA geführten und nach den von ihr gewünschten Regeln funktionierenden internationalen Ordnung aufrechtzuerhalten und die aufstrebenden

Mächte, insbesondere China, so zu integrieren, dass weder die globale noch die regionale US-amerikanische Hegemonie in Frage gestellt wird (Manyin et al 2012: 1).⁴

Während „containment“ als ein zu weitgehender Begriff erscheint, lässt sich der amerikanische Schwenk wohl besser als Versuch der Aufrechterhaltung amerikanischer Kontrolle über die Akteure und die Situation beschreiben. Es geht darum, auch zukünftig für „hegemoniale Stabilität“ zu sorgen (*hegemonial stability*; Bush 2012), eine positiv gemeinte Darstellung, die jedoch das grundlegende Paradigma, das die USA in Konflikt mit China bringt, explizit anspricht: die Gewährleistung *hegemonialer* Stabilität.

Die neue amerikanische Orientierung reicht von einem deutlich verstärkten Interesse an und einer Mitarbeit in asiatischen multilateralen Institutionen über die Stärkung ökonomischer Kooperation bis hin zu vertieftem militärischen Engagement. Diese letzte Komponente setzt sich aus zwei zentralen Bausteinen zusammen: einem erweiterten Zugang für amerikanische Truppen in der Region, vor allem durch „naval access agreements“ sowie die Stärkung regionaler Partner. Dies soll in Teilen durch Militärhilfe (FMF, *foreign military financing*, aber auch IMET, *international military education*) erreicht werden, aber auch durch gemeinsame Manöver. Hierzu sollen u.a. bestehende Allianzen verstärkt und neue Partner einbezogen werden (insbesondere Indien, Indonesien, Vietnam, Neuseeland). Zielvorstellung ist eine gestärkte kollektive Verteidigungsfähigkeit. Kritische Stimmen merken freilich an: „Framing a policy ‘pivot’ around a set of actions that notably do not include China risks complicating diplomatic engagement with Beijing“ (Manyin et al 2012: 20).

Doch speisen sich die gegenwärtigen sicherheitspolitischen Spannungen zwischen den USA und der VR China nur zum Teil aus den neuen Tendenzen der letzten Jahre und den Sicherheitsgarantien für regionale Staaten, durch die die USA in deren maritimen Territorialkonflikte hineingezogen werden. Aus US-Sicht von ähnlicher Bedeutung ist die Sicherstellung der eigenen Operationsfähigkeit in größtmöglichen Meeresbereichen, wofür sie schon seit Jahrzehnten ein eigenes Programm unterhalten, das auf systematische „Freedom of Navigation operations“ (FON-operations) setzt. Dabei handelt es sich um gezielte militärische Aktivitäten in Meeresgebieten und Lufträumen, auf die andere Staaten aus US-Sicht exzessive Ansprüche erheben.⁵ Von Oktober 2012 bis September 2013 wurden derartige Operationen gegen die „excessive maritime claims“ von zwölf Ländern ausgeführt, von denen die meisten in Asien liegen (Kambodscha, VR China, Indien, Indonesien, Iran, Libyen, Malaysia, Malediven, Oman, Philippinen, Taiwan, Vietnam; siehe US Department of Defense 2014).

4 Dies suggeriert bereits überdeutlich der Titel der amerikanischen Verteidigungsrichtlinien von 2012: „Sustaining U.S. Global Leadership“ (U.S. Department of Defense 2012).

5 Auf der Seite des amerikanischen Außenministeriums findet sich eine umfassende Liste (137 Studien) mit der US-amerikanischen Position in Bezug auf die maritimen Ansprüche einer großen Zahl von Ländern (www.state.gov/e/oes/ocns/opa/c16065.htm; 4.5.2014). Siehe auch eine entsprechende Seite des U.S. Department of Defense (www.jag.navy.mil/organization/code_10_mcrm.htm; 4.6.2014), auf der man auf das umfassende Maritime Claims Reference Manual zugreifen kann (U.S. Department of Defense 2005). Für eine exzellente Analyse der chinesischen und amerikanischen Positionen siehe Franckx 2011.

Daneben setzen die USA auf die Arbeit von Rechtsspezialisten, zumeist Mitglieder der juristischen Fakultäten amerikanischer Militärischer Universitäten und Akademien. Diese verteidigen die amerikanische Rechtsposition mittels einer Flut von Veröffentlichungen gegen konkurrierende Positionen, wie sie unter anderem von der VR China, aber auch einer Reihe anderer Länder vertreten werden. Ziel der amerikanischen Strategie ist es, die Hegemonie über die Interpretation des Internationalen Rechts zu behalten.

FON-Operationen und Rechtsinterpretation richteten sich in den letzten Jahren verstärkt gegen die chinesischen Bestrebungen, seine seit Jahrzehnten von den USA abweichende Interpretation der UNCLOS-EEZ-Regeln nicht nur in den internationalen Diskurs einzubringen, sondern auch in der Praxis innerhalb der chinesischen EEZ zumindest in kleinen Schritten durchzusetzen (u.a. durch Schaffung nationalen Rechts, das auch für die EEZ Gültigkeit beansprucht). Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China drehen sich in dieser Hinsicht vor allem um die Frage des ungehinderten Zugangs für fremde *militärische* Schiffe und Luftfahrzeuge zu großen Regionen des Süd- und Ostchinesischen Meeres, die von China entweder als EEZ oder als historische Gewässer ausgewiesen werden.⁶ Im Kern geht es sowohl in den Auseinandersetzungen der Völkerrechtler als auch im Handeln im Südchinesischen Meer darum, welche militärischen Aktivitäten fremder Mächte innerhalb der 200-Meilen-Zone erlaubt sind; ob beispielsweise die US-Schiffe in den chinesischen EEZ-Gewässern Aufklärung betreiben dürfen (Slavin 2013). Vor Ort prallen amerikanische FON-Operationen und chinesische *anti-access/area-denial*-Strategien⁷ aufeinander. Die USA beharren auf der Durchsetzung behaupteter Ansprüche „vor Ort“: „[i]n order to preserve operational and training flexibility, militaries must continue to operate in foreign EEZs without coastal State notice or consent“ (Predrozo 2008: 94). Im Naval Operations Concept von 2010 heißt es explizit „U.S. naval forces will challenge any restrictions that go beyond a coastal state’s legitimate authority under international law“ (U.S. Marine Corps et al. 2010: 22; s. a. U.S. Department of Defense 2012: 4). Diese Strategie der aktiven Herausforderung gegnerischer Ansprüche resultiert in einer zunehmenden Konfrontation mit China, das seine abweichende Interpretation des internationalen Rechts durch provokatives

6 Prominent in dieser Hinsicht ist Kapitän Raul Pedrozo (Associate Professor der Abteilung für Internationales Recht des Naval War College), der vom „Chinese ‚lawfare‘ (legal warfare), or the misuse of the law as a method of indirect warfare against the West and its friends and allies“ spricht. Aus seiner Sicht ist die gegenwärtige Situation geprägt durch „China’s ongoing efforts to distort the law of the sea to achieve its anti-access strategy for the South and East China Sea (Predrozo 2011: 207). Interessanterweise erschien dieser wie auch ein früherer, scharf anti-chinesischer Artikel von Predrozo im Chinese Journal of International Law, das von chinesischen Rechtswissenschaftlern herausgegeben wird. Zur Debatte über die EEZ-Regeln in dieser Zeitschrift siehe die Arbeiten von Bateman 2011, Franckx 2011, Yee 2010, Zhang 2010, Pedrozo 2010.

7 Area denial und anti-access sind dehnbare Begriffe. Generell beziehen sie sich darauf, dass Staaten den Streitkräften anderer Staaten den Zugang zu bestimmten Gebieten jenseits ihres Staatsgebiets verweigern, mit welchen Mitteln auch immer. Aus US-amerikanischer Perspektive handelt es sich um „strategies [...] in which adversaries attempt to erode the U.S. ability to project power into what are, from the U.S. perspective, distant regions, and from their standpoints, bordering areas“ (Manyin et al. 2013: 4).

militärisches Handeln unterstreicht. Zwei Daten sind hier besonders hervorzuheben: der sogenannte *Impeccable*-Zwischenfall von 2009 und eine beinahe Kollision 2013.

Der erste der Zwischenfälle vom März 2009 bestand aus einer Reihe einzelner Aktionen gegen das US-Schiff „Impeccable“, das in weniger als 100 Seemeilen Entfernung von der chinesischen Insel Hainan chinesische U-Boot Aktivitäten überwachte.⁸ Anfänglich wurde es von einer chinesischen Fregatte bedrängt, die in kurzem Abstand den Kurs der „Impeccable“ kreuzte. Später wurde es aufgefordert, das Gebiet zu verlassen. Mehrere chinesische Schiffe manövierten in einer Entfernung von nicht mehr als 15 Metern vom amerikanischen Schiff. Später versuchten die chinesischen Schiffe noch die Kabel zu den Unterwassersonargeräten der „Impeccable“ zu kappen. Dieser Zwischenfall führte nicht nur zu amerikanischen Protesten, sondern löste einen juristischen Schlagabtausch zwischen chinesischen und US-amerikanischen Völkerrechtlern und Politikwissenschaftlern über den rechtlichen und politischen Charakter des amerikanischen und chinesischen Handelns aus (z.B. Odom 2010, Ji 2009, Valencia 2009, Pedrozo 2009, Mastro 2011).

2013 führte die chinesische Marine eine erste umfassende Erprobung ihres neuen Flugzeugträgers im Südchinesischen Meer aus. Hierzu scheint die chinesische Marine eine temporäre Verbotszone um den Flugzeugträger erklärt zu haben.⁹ Trotzdem überwachte ein US-amerikanisches Kriegsschiff, die „Cowpens“, die Aktivitäten. Nachdem die „Cowpens“ auf Aufforderungen, das Gebiet zu verlassen, nicht reagiert hatte, setzte sich ein chinesisches Begleitschiff so vor das amerikanische Schiff, dass dieses zu einer abrupten Kursänderung gezwungen wurde, um eine Kollision zu vermeiden.

Die Reaktionen sowohl der VR China als auch der USA auf diesen letzten Zwischenfall unterscheiden sich dramatisch von denen, die für den chinesisch-philippinischen Konflikt der letzten Jahre typisch sind, die aber auch noch im Gefolge des „Impeccable“-Zwischenfalls dominierten. Beide Seiten schienen an einer Deeskalation und größtmöglicher Schadensbegrenzung interessiert (Global Times 2013a-d). US-Verteidigungsminister Hagel und Martin Dempsey, der Vorsitzende der U.S. Joint Chiefs of Staff, erklärten, dass die USA und China an Mechanismen arbeiteten, derartige Zwischenfälle zu vermeiden. Dempsey betonte in diesem Zusammenhang, der neue Flugzeugträger habe China in seinem Bestreben, den USA in der Region Paroli zu bieten, keinen bedeutsamen Schritt weitergebracht. Er konstatierte kurz und knapp: „As far as the Chinese aircraft carrier, aircraft -- carrier ops are about as complicated an operation as any we conduct. [...] The point is, they are a long way from being a threat to us with their aircraft carrier“ (U.S. Department of Defense 2013).

8 Zwei Monate später gab es ähnliche Zwischenfälle zwischen der „USNS Victorious“, einem Schwesterschiff der „USNS Impeccable“, das im Gelben Meer zwischen Korea und China operierte.

9 Dies ist in internationalen Gewässern nicht unüblich. Wie Valencia hervorhebt haben die USA selbst schon mehr als 50 derartige temporäre Seeverteidigungszonen („naval defensive sea areas“) erklärt (Valencia 2013). 1986 traf eine Sidewinder-Rakete, abgefeuert von einem US-amerikanischen Marineflugzeug, einen Tanker in einem Gebiet weit außerhalb der US-amerikanischen Hoheitsgewässer in einem Seegebiet, das von den USA als „warning area“ ausgewiesen war (Los Angeles Times 1986).

In diesem Sinn ist es ein ermutigendes Zeichen, dass bislang die chinesische Marine im Sommer 2014 zum ersten Mal mit eigenen Schiffen an der RIMPAC-Übung (*Rim of the Pacific*) teilnehmen soll. Dabei handelt es sich um das weltgrößte internationale Marinemanöver, das im Zweijahresrhythmus von den USA ausgerichtet wird und an dem zuletzt Einheiten aus über 20 Nationen teilnahmen. Bislang war China nur mit Beobachtern vertreten. Im Juni 2013 nahm es die erstmals von den USA ausgesprochene Einladung zur Teilnahme an. Das US-amerikanische wie auch das chinesische Militär scheinen auch in anderen Feldern ein höheres Maß an Professionalität an den Tag zulegen, als es manche alarmistischen Berichte und politische Aktionen wie Reaktionen vermuten lassen. So erklärte der amerikanische Admiral Samuel Locklear im Februar 2014, wenige Wochen nach der politisch heftig kritisierten Einrichtung einer eigenen Luftverteidigungszone durch die VR China Ende 2013 (s. Kreuzer 2013), dass die chinesische Luftwaffe entgegen allen Befürchtungen in dieser Sicherheitszone ausnehmend professionell arbeite.

„We haven't seen a significant change in those interactions since the reported establishment of the defence zone by the Chinese. [...] The good news is that military forces are acting professionally as we interact in these areas“ (Admiral Locklear, zitiert nach Financial Times 2014).

4. Japan im Südchinesischen Meer: Ausweitung des Konflikts mit China um regionale Führerschaft

Parallel zu den Bestrebungen der USA, ihre sicherheitspolitische Position und ihre Partnerschaften in der Region zu verstärken und die größtmögliche Bewegungsfreiheit der Schiff- und Luftfahrt, insbesondere für die Schiffe und Luftfahrzeuge fremder Militärs, durchzusetzen, baut auch Japan, der wichtigste US-amerikanische Verbündete, mit Unterstützung der USA an einer neuen sicherheitspolitischen Rolle. Konzeptionell ist diese im Bild eines Bogens der Freiheit und Wohlfahrt (*Arc of Freedom and Prosperity*) gefasst, der, ähnlich dem amerikanischen Allianzsystem in Asien, durchaus als „containment“ Chinas verstanden werden kann, zieht er sich doch von Indien über Südostasien und Japan bis nach Südkorea. Er will Länder, die (in japanischer Lesart) die Zielvorstellung eines gemeinsamen Normensystems, basierend auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, teilen, diplomatisch und entwicklungspolitisch unterstützen, aber auch sicherheitspolitisch miteinander verknüpfen.

Dieses Unterfangen fand seinen Ausgangspunkt in der ersten Abe-Regierung (2006-2007) und bildet seit der erneuten Übernahme des Amtes des japanischen Ministerpräsidenten durch Shinzo Abe 2012 einen Kernbestandteil der neuen japanischen Außenpolitik. Es ist verbunden mit einer geplanten Neuinterpretation der japanischen Verfassung, die Japan eine kollektive Selbstverteidigung ermöglichen soll.

Eine aktivere japanische Außensicherheitspolitik ist schon seit längerem auf der nationalen Agenda. Dies wurde deutlich, als Japan 2007 mit Australien eine gemeinsame Erklärung über eine Sicherheitskooperation unterzeichnete. Ein Jahr später folgte eine ähnliche Erklärung mit Indien. Beiden Erklärungen gemein ist der explizite normative Rahmen, in den die

Sicherheitskooperation gestellt wurde: Im einen Fall hieß es einleitend, die Partnerschaft „is based on democratic values, a commitment to human rights, freedom and the rule of law“, im anderen bestätigten die Parteien im gleichen Sinn „their common commitment to democracy, open society, human rights and the rule of law“ (siehe MOFA 2007, 2008).

Beide Erklärungen sind ein Ausfluss einer neuen strategischen Orientierung, die darauf abzielt, den oben erwähnten Bogen der Freiheit und Wohlfahrt zu definieren, auf den sich Japans Politik im Besonderen stützen soll. Unter dem Slogan „value oriented diplomacy“ (Aso 2006) will Japan in der Lesart von Taro Aso¹⁰ nicht nur die zentral- und osteuropäischen, sondern ebenso die zentralasiatischen Länder, Indien sowie die südostasiatischen Länder (u.a. Kambodscha, Laos, Vietnam und Myanmar), aber auch die Mongolei im Nordosten unterstützen. All diesen Ländern gemein ist in japanischer Diktion nicht nur „the desire to develop their economies somehow“, sondern auch „national pride“ sowie „[t]he freedom to move about as one pleases, the freedom to state one’s opinions, and the freedom to forge one’s own future – it is these types of freedom that they seek.“ Dieser Bogen ist gedacht als „a new pillar to be added to the basis of Japan’s foreign policy, which is reinforcement of the Japan-US alliance as the cornerstone of Japanese diplomacy and cooperation with neighboring countries“ (Aso 2009).

Auffällig an der Länderliste ist zum einen, dass nicht nur die zentralasiatischen Republiken, allesamt mehr oder weniger autokratischer Natur,¹¹ sondern auch Vietnam, mit seinem autoritären Ein-Parteiensystem eingeschlossen sind, während gleichzeitig die VR China mit keinem Wort erwähnt wird, was generell in dem Sinn verstanden wird, dass der Bogen der Freiheit und Wohlfahrt auch dazu dienen soll, China einzuhegen. Die Geschichte der letzten sechs Jahrzehnte und die angeblich bis zu 1.400 Jahre zurückreichenden Wurzeln der Demokratie in Japan (Aso 2006, s. a. Aso 2013) legitimieren, dass das heutige Japan eine regional und global führende Rolle einnehmen sollte. Der neue Premierminister Shinzo Abe stellt klar, „Japan is Back [...] Japan is not, nor will ever be, a Tier-two country. That is the core message I am here to make. And I reiterate this by saying, I am back, and so shall Japan be“ (Abe 2013). Wie schon andere führende Politiker vor ihm stellt Abe den internationalen Konsens über die japanische Aggression in den 1930er Jahren in Frage: „the definition of aggression has yet to be established in academia or in the international community. [...] Things that happened between nations will look differently depending on which side you view them from“ (zitiert nach Asahi Shimbun 2013b). In noch weitaus deutlicheren Worten forderte Erziehungsminister Hakubun Shimomora kurz vor seiner Amtsübernahme:

„Japan simply must become free of the postwar systems, consciousness, and Tokyo Trials historical viewpoint in order to make over Japan into a new country. [...] the Japan of today is exactly the emotionally defeated country that the U.S. hoped for right after the war. [...] Once we recapture political power through a general election, we intend to construct a genuinely

10 Taro Aso war u.a. Außenminister 2005-2007 und Premierminister 2008-2009. Seit 2012 ist er Finanzminister und stellvertretender Premierminister.

11 Zu Japans Rolle in der Region siehe Len 2005, Len et al. 2008.

conservative administration. Such an administration has only existed for around three years after the war“ (Shimomura 2012).

Diese neue Linie wurde Ende 2013 in mehreren Schritten in eine dauerhafte, institutionelle Form gossen. Japan etablierte gegen massiven öffentlichen Widerstand einen Nationalen Sicherheitsrat. Unter- und Oberhaus verabschiedeten eine neue Sicherheitsstrategie sowie ein Gesetz zum Schutz von Staatsgeheimnissen (McDonnell 2013). Gleichzeitig wurden die japanischen Rüstungsausgaben, die seit 2002 kontinuierlich gefallen waren, im Fiskaljahr 2014 deutlich erhöht (Japan, Ministry of Defense 2013: 42). Anfang 2014 wurde schließlich das Waffenexportverbot aufgehoben.

All dies stellt sich für China und Korea als eine eminent problematische Entwicklung dar, in der ein Japan, das seine Kriegsschuld bestenfalls in Teilen akzeptiert, eine neue Führungsrolle in der Region und darüber hinaus beansprucht, die auf ein Containment Chinas ausgerichtet ist.

Schon 2012, noch vor seiner Wahl zum Premierminister, hatte Shinzo Abe die zukünftige japanische sicherheitspolitische Strategie für Asien in einem stark symbolträchtigen Bild eines auf das Containment Chinas orientierten „demokratischen Sicherheitsdiamanten“ verdeutlicht. Aus seiner Sicht zielt China darauf ab, das Südchinesische Meer in einen „Beijing See“ (*Lake Beijing*) zu verwandeln:

„Japan is a mature maritime democracy, and its choice of close partners should reflect that fact. I envisage a strategy whereby Australia, India, Japan, and the US state of Hawaii form a diamond to safeguard the maritime commons stretching from the Indian Ocean region to the western Pacific. [...] I would also invite Britain and France to stage a comeback in terms of participating in strengthening Asia’s security. The sea-faring democracies in Japan’s part of the world would be much better off with their renewed presence“ (Abe 2013).

Japans neues sicherheitspolitisches Engagement in Südostasien, insbesondere in den Philippinen und Vietnam, ist ein Teil dieser explizit auf die Einhegung Chinas bedachten regionalen Strategie. Der „Sicherheitsdiamant“ soll das Netzwerk bilateraler, von den USA ausgehender Verteidigungsbündnisse in ein Netzwerk umwandeln, das von Indien (bzw. Zentralasien) bis nach Nordostasien reicht und als ein quasi-kollektives Verteidigungssystem gegen China als einzig klar definiertem Gegenüber funktioniert.

5. China als der Andere: Gefahren eines versteckten Containment

Die Situation im Südchinesischen Meer scheint verfahren. Eine Lösung der Territorialkonflikte scheint ebenso weit entfernt wie eine Einigung über die Auslegung der Rechte von Küstenstaaten in ihrer EEZ. Die gegenwärtigen Aktions- und Reaktionsmuster der Konfliktparteien lassen die Gefahren einer Eskalation steigen.

Die VR China hat sowohl mit der Offizialisierung der *nine-dash line* 2009 als auch mit der verstärkten Konfrontation mit anderen Anspruchstellern in den umstrittenen Seegebieten den bis Ende der 1980er und seit Ende der 1990er Jahre vorherrschenden Modus der Konfliktbearbeitung durch Verzögerung und Inaktivität verlassen. Besonders

problematisch ist, dass China nicht klarstellt, welche Rechte es aus der *nine-dash line* ableitet. Damit erweckt es den Eindruck, dass die sprachliche und kartographische Unklarheit einem strategischen und maximalistischen Kalkül entspringt, das die Freiheit der Schifffahrt im Südchinesischen Meer in Frage stellen könnte. In eine ähnliche Richtung weist die chinesische Verhandlungsposition in Bezug auf einen bindenden Verhaltenskodex für das Südchinesische Meer, wie er von der ASEAN seit einem Vierteljahrhundert vorgeschlagen wird. Ein solcher Kodex erscheint in Anbetracht der wachsenden Anzahl von Zwischenfällen als eine sinnvolle Strategie zur Einhegung des bestehenden Konflikt- und Eskalationspotenzials. Er wäre gleichzeitig ein Instrument zur Stärkung der Rolle der ASEAN in Fragen regionaler Sicherheit und ein Baustein für eine regionale Ordnung, die externe Mächte an regional gestaltete Regeln bindet. Schon 2002 setzte sich China durch, als nur eine unverbindliche Erklärung über Verhaltensregeln beschlossen wurde. Seitdem verschleppt China alle Verhandlungen, die auf eine Stärkung dieses bislang unzureichenden Regimes hinauslaufen. Gemessen an den bisherigen Positionen ist nicht zu erwarten, dass China in den gerade wieder angelaufenen Verhandlungen über einen verbindlichen Kodex eine produktive Rolle spielen wird (Thayer 2013b). Ein China in der Rolle der Veto-Macht, die sich in ihrem „Hinterhof“ nicht durch rechtlich bindende multilaterale Regelungen binden lassen will, schwächt nicht nur die ASEAN, sondern bildet eine Grundlage dafür, dass andere Konfliktparteien über *balancing* oder *bandwagoning* externe Mächte als Unterstützung in die Region ziehen. Damit steht es dem chinesischen Interesse an einer rein regionalen Bearbeitung der Konflikte im Südchinesischen Meer zumindest mittel- und langfristig entgegen. Chinesische Intransigenz bildet die Folie, vor der das regionale Re-engagement der USA und der japanische Sicherheitsdiamant erst Legitimität gewinnen.

Die USA wollen die aufsteigende Macht China zwar in die Weltordnung einbinden, jedoch zu ihren Bedingungen, von denen die prominenteste die Aufrechterhaltung der globalen amerikanischen Führung ist. Diese soll im asiatischen Raum durch ein „Re-balancing“ erreicht werden, unterstützt insbesondere durch die Stärkung sowohl der eigenen militärischen Fähigkeiten als auch eines auf die USA fokussierten Allianzsystems, das in der Lage ist, die potenziell revisionistische Macht China zu kontrollieren. Unverzichtbar erscheint bislang, dass die USA mit entsprechenden Aktivitäten ihre Interpretation der Freiheit der Schifffahrt in fremden EEZs untermauert. Damit wird die gewollte ökonomische Integration Chinas ins globale kapitalistische System auf sicherheitspolitischer Ebene konterkariert, wo China als einzig verbliebene Bedrohung der bestehenden asiatischen Ordnung gilt. Mit ihrem Handeln streben die USA nach fortgesetzter militärischer Kontrolle Chinas. Was aus realistischer Perspektive sinnvoll und notwendig erscheint, die Verweigerung eines kalkulierten Vertrauensvorschlusses, hat jedoch weitreichende Konsequenzen, insoweit als die Verweigerung das bestehende Sicherheitsdilemma wie auch die kognitive Isolation der aufsteigenden Macht China vertieft.

Japan versuchte in den letzten Jahren, ein eigenes netzwerkartiges „Verteidigungssystem“ zu etablieren.¹² Mit seinem Engagement im Südchinesischen Meer strebt es nach Partnern, die es in seinem Konflikt mit China um die Diaoyu/Senkaku-Inseln und die Grenzen der EEZ im Ostchinesischen Meer unterstützen. In dem Maße, in dem es parteiisch im Südchinesischen Meer zugunsten der Gegner Chinas eingreift, werden die dortigen Konflikte an die Dynamiken im Ostchinesischen Meer gekoppelt. Der japanische *Arc of Freedom and Prosperity* behauptet eine Wertegemeinschaft als Grundlage einer Sicherheitsgemeinschaft. Diese zielt darauf ab, alle global führenden Staaten inklusive Großbritannien und Frankreich als Garanten der bestehenden Ordnung in die Region einzubringen, bei gleichzeitigem Ausschluss Chinas, das, als einziger wirklicher Feind, Russland im japanischen Weltbild weitgehend abgelöst hat. Aus Sicht des japanischen Premierministers hat die Gruppe der „like-minded democracies throughout the [Asian; P.K.] region“ die Aufgabe, „to jointly provide the region and the world with more rule of law, more democracy, more security and less poverty.“ Angeführt wird diese Gruppe von zwei Mächten: „The United States, the oldest and the biggest maritime democracy, and Japan, Asia’s most experienced and biggest liberal democracy“ (Abe 2013).

Während der „Sicherheitsdiamant“ aus einer militärstrategischen Analyse Sinn machen mag, resultiert er gleichzeitig in einer multidimensionalen Isolierung Chinas, das explizit aus der behaupteten Wertegemeinschaft ausgeschlossen bleibt. Diese Strategie erscheint nicht nur unklug, weil der „Sicherheitsdiamant“ in Theorie und Praxis auf Kontrolle der exkludierten Macht durch überlegene militärische Ressourcen setzt, sondern auch, weil der normative Fokus des „Sicherheitsdiamanten“ auch mittel- und langfristig keine Perspektive auf Inklusion eröffnet, die der chinesischen Militärmacht eine Alternative zur unilateralen Sicherung ihrer Interessen über den Ausbau militärischer Mittel eröffnet. Der „Sicherheitsdiamant“ erscheint unglaubwürdig, weil Staaten eingeschlossen werden, die sich in Bezug auf ihren nicht-demokratischen Charakter kaum von China unterscheiden. Damit macht die japanische Politik China zum signifikanten Anderen, gegen den es sich zu schützen gilt. Eine derartige Interpretation exkludiert China, solange dies nicht bereit ist, sich an eine Ordnung anzupassen, die es nicht in Frage stellen darf, die ihm aber bestenfalls eine partielle Inklusion anbietet.

Die Philippinen nutzen die amerikanischen und japanischen Interessen, um eigene Optionen im Konflikt, aber auch darüber hinaus zu maximieren. Anders als etwa Vietnam, das bislang noch eine vorsichtige Balance-Politik betreibt, die danach strebt, den Konfrontationen mit China über diplomatische Aktivitäten die Spitze zu nehmen und gleichzeitig sowohl die ASEAN-Prinzipien der *regional resilience* zu bewahren und von der Unterstützung der USA und Japans zu profitieren, haben die Philippinen 2013 mit der Anrufung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit bewusst auf eine unilaterale Strategie gesetzt und ASEAN marginalisiert. Selbst wenn inhaltlich die Frage nach Übereinstimmung

12 Die Übereinkünfte bleiben deutlich unterhalb formaler Allianzen, zielen sie doch durchgängig nur auf intensivierte militärische Kooperation. Netzwerkartig sind sie insoweit, als sie, anders als das US-fokussierte Allianzsystem, nicht eine hegemoniale Macht bilateral an andere, unverbunden nebeneinander stehende Mächte binden, sondern bilateral aber überlappend alle Mächte miteinander vernetzen.

der *nine-dash line* mit UNCLOS zu Recht thematisiert wird, erscheint das Verhalten politisch problematisch und findet unter den ASEAN-Mitgliedern kaum Zustimmung. Es entspricht jedoch einer Handlungsweise, die aktiv auf die Einbindung externer Mächte auf Seiten der Philippinen zielt, ungeachtet der Tatsache, dass damit der Konflikt ausgeweitet wird. Problematisch erscheint auch, dass die Philippinen China selektiv an den Pranger der internationalen Gemeinschaft stellen, obgleich sich im Konflikt nicht nur China intransigent verhält. So ist kaum nachvollziehbar, warum die Philippinen 2009 nicht auf das Angebot Malaysias und Vietnams eingegangen sind, eine gemeinsame Vorlage über die Ansprüche auf die Kontinentalschelfgebiete vorzulegen und stattdessen nicht nur eine eigene Vorlage unterbreiteten, die im Konflikt mit der der ASEAN-Partner stand, sondern auch noch gegen die Vorlage Malaysias und Vietnams Protest einlegten. Eine Einigung der drei ASEAN-Staaten über ihre Ansprüche hätte nicht nur die Glaubwürdigkeit des späteren eigenen Handelns deutlich erhöht, es hätte auch als konkrete multilaterale Konfliktbearbeitung Vorbildcharakter haben können. Einen ersten Schritt in diese Richtung einer größeren intra-ASEAN Kohärenz stellt der Ende Mai 2014 unterzeichnete Vertrag über die gemeinsame EEZ-Grenze zwischen Indonesien und den Philippinen dar. Die Verhandlungen dazu waren 1994 aufgenommen worden, kamen aber bis 2011 nicht vom Fleck. Die Einigung zum gegenwärtigen Zeitpunkt sendet ein deutliches Signal an China, seine intransigente Position zu überdenken. Gleichzeitig verdeutlicht es auch, dass der von China präferierte Modus bilateraler Verhandlungen nicht per se zugunsten internationaler Schiedsgerichtsbarkeit vernachlässigt werden sollte.

Obgleich sowohl die Philippinen als auch Japan China normativ deutlich ausgrenzen, unterscheiden sich doch die Modi. Anders als Japan, das sich als Führungsmacht einer demokratischen und der Rechtsstaatlichkeit sowie dem kapitalistischen System verpflichteten internationalen Ordnung sieht, verbindet die philippinische Führung die Schlagworte von Freiheit, Demokratie und offenen Märkten mit einem Selbstbild, das auf die relative Schwäche und militärische Hilflosigkeit des Landes setzt. Im Angesicht eines übermächtigen Nachbarn kommuniziert die philippinische Führung das Bild eines bedrängten Landes, das auf die Hilfe der durch gleiche Werte verbundenen starken Freunde setzt. Diese Strategie lässt sich im Kontext einer klientelistischen Beziehung analysieren, innerhalb derer die Philippinen als Klient ihre partikularen Ziele mit Hilfe ihres Patrons (den USA) und dessen Freunde Japan und Australien durchzusetzen versuchen. In für klientelistische Systeme typischer Weise bieten die Philippinen einen Austausch ungleicher „Güter“ an – Finanzmittel, Sicherheitsgarantien auf der einen (US-amerikanischen) Seite und unbedingte Loyalität auf der anderen Seite. Der Klient (die Philippinen) begibt sich in eine kalkulierte Position einseitiger Abhängigkeit zu seinem Patron. Trotz jahrzehntelanger beständiger und umfangreicher US-amerikanischer Militärhilfe garantiert de facto allein der Patron, die USA, über den Sicherheitsvertrag die philippinische Sicherheit und in den letzten Jahren auch zunehmend, wenngleich indirekt die Freunde Japan und Australien über die militärischen Kooperationsverträge.

Was auf den ersten Blick als selbstverständliche Strategie eines von außen bedrohten schwachen Akteurs erscheinen mag, erweist sich im Vergleich mit dem vietnamesischen Handeln als eine spezifische und nicht alternativlose Option. Während Vietnam bislang auf eine Variante des *balancing* setzt, die dem obersten Ziel der Aufrechterhaltung autonomer

nationaler Handlungsfähigkeit verpflichtet bleibt, wählen die Philippinen eine radikale Form des *bandwagoning* mit der hegemonialen Macht USA. Die Strategie der rhetorischen Überhöhung der Konflikte mit China ermöglichte es den Philippinen, die Schutzmacht USA zu mobilisieren, insoweit als es gelang, die gewaltfreien Zusammenstöße zwischen einer kleinen Zahl von Schiffen in weit abgelegenen Meeresgebieten als eine spezifische Bedrohung zentraler amerikanischer Interessen (Freiheit der Schifffahrt/Seewege für militärische Schiffe, Überleben als global hegemoniale Macht) und ebensolcher Normen (Freiheit, Demokratie/Herrschaft des Rechts zu imaginieren. Der Preis dieser Strategie ist, anders als im vietnamesischen *balancing*, die Erschaffung und Benennung des Herausforderers dieser Normen und damit dessen normative Exklusion. Zentral für eine Fortsetzung der vietnamesischen Strategie ist jedoch, dass die ASEAN in der Zukunft ihrer Rolle als normsetzender Kraft besser gerecht wird und interne Differenzen überwindet.

Mit Japan und den Philippinen sind zwei Staaten in diesem Konflikt aktiv, die aus unterschiedlichen Gründen nicht an einer Deeskalation interessiert scheinen. Beide haben ein Interesse am Bild eines bedrohlichen China und agieren daher tendenziell konfrontativ. Mit seinem selbstbewussten bis provokativen Handeln erfüllt das militärisch erstarkte China genau die Rolle, die es sowohl den Philippinen als auch Japan erlaubt, das Feindbild nach außen plausibel und das eigene Handeln als defensiv erscheinen zu lassen sowie die hegemoniale Macht USA als Garant der eigenen Aktivitäten zu gewinnen.

Die gegenwärtige Situation lässt zwar keine absichtliche Eskalation erwarten, doch scheinen Japan, die Philippinen, aber auch China sowie, wenngleich in deutlich vermindertem Maß, die USA, gewillt, ihre jeweiligen Positionen durch konfrontatives Verhalten, das nur wenig Rücksicht auf die Sensibilitäten der gegnerischen Seite nimmt, zu untermauern. Die USA laufen dabei Gefahr, von ihren kleineren Partnern instrumentalisiert zu werden. Barry Desker, ehemaliger singapurischer Diplomat, Dekan an der Nanyang Universität in Singapur und Vorsitzender des Council for Security Cooperation in the Asia Pacific (CSCAP), warnt: „Washington must avoid focusing only on military relationships and getting locked into the narrow national agendas of any particular country“ (Desker 2013: 29).

Vorsichtig kritisiert auch der Premierminister Singapurs Lee Hsien Loong die Handlungsweisen der Philippinen und Japans, wenn er darauf verweist, dass auch das der Provokation unverdächtige Taiwan in Zwischenfälle mit diesen zwei Staaten im Süd- und Ostchinesischen Meer verwickelt worden ist (Lee 2014). Lee betont, dass kurz- und mittelfristig die Lösung der komplexen Territorialproblematik unmöglich scheint (Yahoo News 2013). Den südostasiatischen Staaten empfiehlt er, nicht der Strategie der Philippinen und Japans zu folgen. Stattdessen sollen sie (analog zum Verhalten Vietnams) sowohl die Beziehungen mit den USA als auch mit China stärken und auf eine Politik aktiver Machtbalance setzen. So können die USA in der Region gehalten werden, gleichzeitig aber ist es möglich, den Kontakt mit China zu intensivieren und die spezifische Stärke der ASEAN als einzig legitimer Regionalorganisation, die auch bei China hohes Ansehen genießt, zu nutzen, um mit China zumindest einen multinationalen Dialog aufrechtzuerhalten und so ein Mindestmaß normativer Bindung zu schaffen.

Derzeit scheint der Schlüssel für eine auf Deeskalation bedachte Strategie bei den USA zu liegen, die ihre Verbündeten zügeln sollten, indem sie verdeutlichen, dass sie keine

bedingungslose Unterstützung gewähren. So erscheint eine deutlich kritischere Haltung gegenüber den neuen nationalistischen Positionen der japanischen Regierung durchaus denkbar. Zwar mag ein militärisch stärkeres Japan im Angesicht knapper US-amerikanischer Kassen wünschenswert sein, doch ist dies nicht ohne Kosten zu haben. Immerhin erfolgt der japanische Schwenk vor dem Hintergrund eines ausgeprägten historischen Revisionismus und einer wachsenden anti-chinesischen aber auch anti-koreanischen Grundhaltung, die nicht nur die Beziehungen zu China, sondern auch die zu Korea und damit potenziell die strategischen Interessen der USA in Ostasien zunehmend belastet.¹³

Was die eigenen maritimen Interessen betrifft, ist ein grundsätzliches Überdenken der FON-Operationen nicht zu erwarten, sehr wohl aber könnten die USA informell in nächster Zeit auf entsprechende Operationen verzichten und so das bilaterale Konfliktpotenzial mit China reduzieren. David Lampton betont zu Recht, dass in früheren Jahrzehnten die 12-Seemeilen-Zone ausreichend Schutz gegen fremde militärische Spionage geboten hat. Gegenwärtig sei dies jedoch nicht mehr der Fall. Insofern seien Bestrebungen von Küstenstaaten zur Verbesserung der eigenen Sicherheit durch Beschränkung militärischer Aktivitäten in Regionen jenseits der 12-Meilen-Zone nachvollziehbar. Lampton merkt an: „wise political leaders should constantly assess whether the ill-feelings generated by these frequent activities are worth the presumed gains. [...] Just because one country can do things does not mean that it is in that country’s overall long-term interests to do so“ (Lampton 2013). Hinzuzufügen bleibt, dass eine Anerkennung der gewandelten Situation und der legitimen Sicherheitsinteressen von Küstenstaaten, gekoppelt mit einer Bereitschaft zur Neuverhandlung der Frage militärischer Aktivitäten in fremden EEZs, langfristig positive Rückwirkungen haben könnte, weil es im Erfolgsfall auch die chinesische Marine und Luftwaffe binden würde.

Die Glaubwürdigkeit der US-Position würde sich um einiges erhöhen, wenn die USA UNCLOS ratifizieren und sich (ein extrem unwahrscheinlicher Fall) den entsprechenden Streitschlichtungsmechanismen (einschließlich der verpflichtenden Art. 286-291, 294, 297, 298) unterwerfen würden. Ähnlich hilfreich könnte die Ratifizierung des Rom-Statuts über den Internationalen Strafgerichtshof durch die USA sein. Diesem ist bislang nur eine Minderheit der ostasiatischen Staaten beigetreten (Südkorea, Japan, Philippinen, Kambodscha). Derartigem US-amerikanischen Handeln käme hohe Symbolkraft zu, signalisierte es doch, dass sich auch die führende Weltmacht dem internationalen Recht und seinen Instanzen unterwirft, ohne zu beanspruchen, Recht nach eigenem Gusto auszulegen. Auch könnten die USA als erste der Atomkräfte dem Protokoll zur südostasiatischen nuklearwaffenfreien Zone (Southeast Asia Nuclear Weapons Free Zone,

13 Die anti-koreanischen Einstellungen haben eine lange Geschichte in Japan. Die aktuelle Ausweitung geht auf ein Comic aus dem Jahr 2005 zurück (嫌韓流, Kenkanryu – „die koreanische Welle hassen“). Dieser Comic war so erfolgreich, dass innerhalb kürzester Zeit eine Reihe weiterer anti-koreanischer Bücher erschienen (Sakamoto/Allen 2007). 2014 wurde das Problem der anti-koreanischen „hate-speech“ auch im Menschenrechtsbericht des US-amerikanischen Außenministeriums für Japan hervorgehoben (Japan Times 2013). Anti-koreanische, aber auch anti-chinesische Berichte und Literatur „has become a trend since the Liberal Democratic Party retook the reins of government in December 2012“ (Japan Times 2014; s. a. Japan Today 2014, Korea Times 2014, Youngshik 2013).

SEANWFZ) beitreten. Letzteres wäre freilich ein dramatischer Schritt, würden die USA damit doch das Recht von Küstenstaaten anerkennen, in ihren Gewässern die Durchfahrt von nuklear betriebenen oder bewaffneten fremden Schiffen zu kontrollieren. Ein Beitritt zum SEANWFZ würde jedoch deutlich machen, dass es die eigenen Versprechen, im Gegenzug gegen die Bereitschaft der großen Mehrheit der Weltgemeinschaft auf eine nukleare Bewaffnung zu verzichten, aktiv auf eine Denuklearisierung hinzuarbeiten, nach langen Jahren wieder ernst nähme (Achaya/Boutin 1998, Cornellier 2003). Dies könnte Modellcharakter haben für eine aufstrebende Macht, die sich selbst in naher Zukunft gleichauf mit den USA sieht und ein neues Modell der Großmachtbeziehungen mit den USA anvisiert.

Dieses chinesische Modell eines „neuen Typs der Großmachtbeziehungen“ (*xinxing daguo guanxi*, 新型大国关系) ist bislang nicht nur inhaltlich weitgehend unbestimmt (Xiao 2013, Lampton 2013), sondern ermangelt einer Vision, die über die bilateralen Beziehungen zwischen China und den USA hinausreicht. Grundsätzlich geht es der chinesischen Seite darum, in naher Zukunft von den USA als Großmacht mit gleichem Status anerkannt und bei der Diskussion und Bearbeitung von Weltordnungsproblemen gleichberechtigt als Partner eingebunden zu werden. Eminent problematisch ist, dass neben diesen zwei imaginierten politischen, ökonomischen und militärischen Giganten, die gemeinsam die Welt ordnen, keine weiteren Mächte Platz zu finden scheinen, dass mithin insbesondere für Japan nur der Platz bleibt, den der japanische Premierminister vehement abgelehnt hat: der einer zweitrangigen Macht (King 2014). Ebenso wenig ist geklärt, wie die konzeptionelle Ablehnung des Hegemonie-Begriffs durch die offizielle chinesische Politik mit der mitunter außerordentlich selbstgerechten konkreten Rhetorik in der Auseinandersetzung mit den südostasiatischen Staaten zusammenpasst. Wer eigenes Handeln gegenüber anderen regelmäßig damit begründet, dass den uneinsichtigen Gegenübern „eine Lehre erteilt werden müsse“ (Global Times 2011b, Global Times 2012, Tordesillas 2011), wirkt als anti-hegemoniale Macht doppelt unglaubwürdig.

Die im Modell der neuartigen Großmachtbeziehungen zum Ausdruck gebrachte chinesische Fixierung auf die USA eröffnet den Vereinigten Staaten beträchtliche Handlungsoptionen. Diese resultieren daraus, dass die USA in vielerlei Hinsicht die Folie darstellen, über die die imaginierte Rolle Chinas als regionale und globale Ordnungsmacht bestimmt wird. Das eröffnet der alten Supermacht indirekte Steuerungsoptionen, über Modellhandeln den Pfad der aufsteigenden Macht China in Richtung einer Selbstbindung durch internationales Recht positiv zu beeinflussen.

Literatur

Die Zugriffe auf die Websites erfolgten zwischen 3. Februar und 15. Mai 2014.

- Abe, Shinzo* 2013: Japan is Back. 22 Februar, <http://bit.ly/1e9KQS7>.
- Abe, Shinzo*, 2012: Asia's Democratic Security Diamond. 27.12., <http://bit.ly/1kQf5Nu>.
- Achaya, Amitav/Boutin, J.D. Kenneth* 1998: The Southeast Asia Nuclear Weapon-Free Zone Treaty, in: Security Dialogue 29/2, Juni, S. 219-230.
- Amurao, George* 2012: Philippines Arms Itself with New Pacts, in: AsiaTimes online 2.8., www.atimes.com/atimes/Southeast_Asia/NH02Ae01.html.
- Aquino, Benigno* 2012: Interview with President Aquino during the FOCAP Presidential Forum, October 17, in: Official Gazette, 17.10., <http://bit.ly/1hxIKNz>.
- Asahi Shimbun* 2013a: Japan Coast Guard Vessels and Equipment in High Demand in S.E. Asia, Africa, 30.9., http://ajw.asahi.com/article/asia/around_asia/AJ201309300001.
- Asahi Shimbun* 2013b: Abe Stands Firm on Definition of ‚Aggression‘ amid International Outcry, 10.9., in: <http://bit.ly/1gbkaPX>.
- Aso, Taro* 2006: Speech by Mr. Taro Aso, Minister for Foreign Affairs on the Occasion of the Japan Institute of International Affairs Seminar „Arc of Freedom and Prosperity: Japan's Expanding Diplomatic Horizons“, 30.11., www.mofa.go.jp/announce/fm/aso/speech0611.html.
- Aso, Taro* 2007a: On the „Arc of Freedom and Prosperity“, 12.3., Ministry of Foreign Affairs, Japan, www.mofa.go.jp/policy/pillar/address0703.html.
- Aso, Taro* 2009: Japan's Diplomacy: Ensuring Security and Prosperity. 20.6., <http://bit.ly/1n0O1zf>.
- Aso, Taro* 2013: Japan's Revival and the Japan-India Global Strategic Partnership. (Speech 4 May 2013, Delhi, India), <http://bit.ly/1nGnROg>.
- ASEAN 1992: ASEAN Declaration on the South China Sea: Adopted by the Foreign Ministers at the 25th ASEAN Ministerial Meeting in Manila, Philippines on 22 July 1992, <http://bit.ly/1q2JD1C>
- Bateman, Sam* 2011: A Response to Pedrozo: The Wider Utility of Hydrographic Surveys, in: Chinese Journal of International Law, S. 177-186, <http://bit.ly/1nbSKv6>.
- Bautista, Lowell B.* 2010: The Legal Status of the Philippine Treaty Limits and Territorial Waters Claim in International Law. National and International Legal Perspectives. PhD Thesis, University of Wollongong.
- BienDong.Net* 2014: A newly discovered royal record on Hoang Sa. 11.3. In: SouthChinaSea <http://bit.ly/1hy4Sr7>.
- Bush, Richard C. III* 2012: The Response of China's Neighbours to the U.S. „Pivot“ to Asia. Brookings Institution, 31.1., www.brookings.edu/research/speeches/2012/01/31-us-pivot-bush.
- Business Mirror* 2013: Malaysia Splits with Asean on China Sea Threat, 28.8., <http://bit.ly/1j8cleF>.
- Businessweek* 2014: U.S. General Tells Japan, Philippines to Cool China Rhetoric, 10.2., <http://buswk.co/1dWYBo1>.
- Chile, Ecuador, Peru* 1952: Declaration on the Maritime Zone. Signed at Santiago on 18 August 1952. <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%201006/volume-1006-I-14758-English.pdf>.
- China* 2009. CML/17/2009: Chinese protest at Continental Shelf Submissions of Malaysia, Vietnam, 7.5., <http://bit.ly/QKIRLV>.
- China Declaration after Ratification of UNCLOS* 2006: <http://bit.ly/1ef2rDL>.
- China-France Convention* 1887: Convention Concerning the Delimitation of the Border between China and Tonkin (Signed at Beijing June 26, 1887), <http://bit.ly/1fE4kxv>.
- Chinesische Botschaft Manila* 2014: Press Conference by Chinese Embassy on Philippines' Submission of a Memorial to the Arbitral Tribunal on Disputes of the South China Sea with China, 1.4., <http://ph.china-embassy.org/eng/xwfb/t1143166.htm>.
- Cockayne, Becca* 2014: China's Territorial Sovereignty Dispute is all about Energy, 22.1., Global RisksInsights, <http://bit.ly/1j61vTc>.

- Communist Review* (Tap chi cong san) 2013: Major Results of External Defense Activities Implementing Resolution of the 8th Plenum of the 9th Party Central Committee Regarding National Defense Strategy in the New Climate, 7.10., <http://bit.ly/1hy5lcT>.
- Cornellier, Erik A.* 2003: In the Zone: Why the United States Should Sign the Protocol to the Southeast Asian Nuclear-Weapon-Free Zone, in: *Pacific Rim Law and Policy Journal* 12/1, Januar: 233-261.
- Del Rosario, Albert F.* 2012: Statement of Secretary del Rosario Regarding the Philippines-U.S. Mutual Defense Treaty, 9.5., <http://bit.ly/1hmnwNEu>.
- Desker, Barry* 2013: The Eagle and the Panda: An Owl's View from Southeast Asia, In: Denmark, Abraham M. et al.: Roundtable: Regional Perspectives on U.S. Strategic Rebalancing, National Bureau of Asian Research, Seattle, Washington, Asia Policy no. 25, Januar, S. 26-30; <http://bit.ly/1gsrSS8>.
- Dewan, Sandeep* 2013: China's Unclos Reciprocity, in: The United Service Institutions of India. www.usiofindia.org/Article/?pub=Strategic%20Perspective&pubno=36&ano=1716.
- Dzurek, D.J.* 1996: The Spratly Islands Dispute: Who's On First? International Boundaries Research Unit (IBRU) Maritime Briefing, 2: 1.
- Financial Times* 2014: US Says China 'Acting Professionally' in Air Defence Zone, 5.2., <http://on.ft.com/1ikRsLj>.
- Franckx, Erik* 2011: American and Chinese Views on Navigational Rights of Warships, in: *Chinese Journal of International Law*, S. 187-206.
- Fravel, Taylor* 2012: Hainan's New Maritime Regulations: A Preliminary Analysis, in: *The Diplomat* 1.12., <http://thediplomat.com/2012/12/hainans-new-maritime-regulations-a-preliminary-analysis/>.
- Fravel, Taylor* 2013: Hainan's New Maritime Regulations: An Update, in: *The Diplomat* 3.1., <http://thediplomat.com/2013/01/hainans-new-maritime-regulations-an-update/?allpages=yes>.
- Fravel, Taylor* 2014: Hainan's New Fishing Rules: A Preliminary Analysis, in: *The Diplomat* 10.1., <http://thediplomat.com/2014/01/hainans-new-fishing-rules-a-preliminary-analysis/>.
- Galdorisi, George/Kaufman, Alan* 2002: Military Activities in the Exclusive Economic Zone: Preventing Uncertainty and Defusing Conflict. *California Western International Law Journal*, 2002, 32: 2, S. 253-301, www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA457969.
- Geng, Jing* 2012: The Legality of Foreign Military Activities in the Exclusive Economic Zone under UNCLOS, in: *Merkourios: Utrecht Journal of International and European Law*, 28: 74, S. 22-30.
- Global Times* 2011a: China Must React to Vietnam's Provocation, 21.6., <http://bit.ly/1ef2v6y>.
- Global Times* 2011b: Time to Teach Those around South China Sea a Lesson, 29.9., <http://bit.ly/1qNCMtt>.
- Global Times* 2012: China Faces Long-Term Regional Annoyances, 4.7., <http://bit.ly/1jMv1AX>.
- Global Times* 2013a: US 'Plays Innocent' after Near Collision at Sea, 16.12., <http://bit.ly/1oT0rLk>.
- Global Times* 2013b: USS Cowpens-Liaoning Incident 'Normal', 18.12., <http://bit.ly/1iDaYCR>.
- Global Times* 2013c: China Calls for Boost in Military Ties, 21.12., <http://bit.ly/1qnufxd>.
- Global Times* 2013d: Japan Seeks to Help Boost Vietnam Navy, 5.10., <http://bit.ly/1iA2I6E>.
- Hamzah, Ba* 2011: Malaysia Does Not Allow Foreign Military Activities in EEZ: Preliminary Views. Conference Paper 2011, <http://bit.ly/1dWYOaO>.
- Holmes, James R.* 2012: U.S. Confronts an Anti-Access World, in: *The Diplomat* 9.3., <http://bit.ly/1ivLwiE>.
- Human Rights Watch* 2012: Philippines: Two Years Under Aquino, Abuses Go Unpunished, 27.6., <http://bit.ly/1gfugwn>.
- Human Rights Watch* 2014: World Report 2014: Philippines, <http://bit.ly/1ikItDb>.
- Hurwitt, Mara C.* 1993. U.S. Strategy in Southeast Asia: The Spratly Island Dispute. Master of Military Art and Science, U.S. Army Command and General Staff College, Fort Leavenworth, Kansas, MO.
- Inquirer.net* 2011: Philippines Apologizes to China over Sea Accident, 19.10., <http://bit.ly/QcSkJV>.

- Inquirer.net* 2012a: Don't Tie Aid to Human Rights Record, Philippines Tells US, 4.5., <http://bit.ly/PuEmmq>.
- Inquirer.net* 2012b: Senate OKs Philippines-Australia Pact, 25.7., <http://bit.ly/PPT6fZ>.
- International Law Commission* 1962: Juridical Regime of Historic Waters Including Historic Bays – Study Prepared by the Secretariat. Document: A/CN.4/143, <http://bit.ly/PuEqSV>.
- Japan Ministry of Defense* 2013: Defense Programs and Budget of Japan. <http://bit.ly/1pKWohu>.
- Japan-Philippines Joint Statement* 2009: Japan-Philippines Joint Statement „Fostering a Strategic Partnership for the Future between Close Neighbors“, 18.6., <http://bit.ly/1erq5Tn>.
- Japan-Philippines Joint Statement* 2011: Japan-Philippines Joint Statement on the Comprehensive Promotion of the „Strategic Partnership“ between Neighboring Countries Connected by Special Bonds of Friendship, 27.9., http://japan.kantei.go.jp/noda/diplomatic/201109/27philippines_e.html.
- Japan Times* 2013: Politicians Silent on Curbing Hate Speech, 10.7., <http://bit.ly/1gVUfZ8>.
- Japan Times* 2014: Media Complicit in Normalizing Xenophobia, 8.3., <http://bit.ly/1n69Ey8>.
- Japan Today* 2014: Foreign Correspondents 'Blindly Swallowing Anti-Japanese Propaganda, Writer Alleges, 11.4., <http://bit.ly/POeLLA>.
- Jenny, Nicolas* 2014: Forget Oil and Gas, the South China Sea Just Got More complicated, in: *International Policy Digest*, 18.3., <http://bit.ly/QI4bQy>.
- Ji, Guoxing* 2009: The Legality of the „Impeccable Incident“, in: *China Security* 5/2, Spring, S. 16-21.
- Joint Agreement* 2004: An Agreement for Joint Marine Seismic Undertaking in Certain Areas in the South China Sea by and between China National Offshore Oil Corporation and Philippine National Oil Company, 1.9., Beijing, China, <http://bit.ly/1hHpGLf>.
- Joint Statement* 2000: Joint Statement Between China and the Philippines on the Framework of Bilateral Cooperation in the Twenty-First Century, <http://bit.ly/1q2KKyq>.
- Kardon, Isaac* 2014: Hainan Revises Fishing Regulations in South China Sea: New Language, Old Ambiguities. *Jamestown Foundation China Brief* 14/2, 17.1., <http://bit.ly/1III1TRX>.
- Katigbak, Jose* 2013: US Hikes Foreign Aid to Phl., in: *The Philippine Star* 28.04., <http://bit.ly/1lVeJZK>.
- King, Amy* 2014: Where does Japan fit in China's „New Type of Power Relations“?, in: *The Asian Forum*, 20.3., <http://bit.ly/1h189Ji>.
- Kopela, Sophia* 2009: The 'Territorialisation' of the Exclusive Economic Zone: Implications for Maritime Jurisdiction, in: 20th Anniversary Conference of the International Boundary Research Unit on „The State of Sovereignty“, 1.-3. April, Durham, U.K. (unpublished), <http://bit.ly/1hUfZ7Z>.
- Korea Times* 2014: Anti-Hallyu Voices Growing in Japan, 21.2., <http://bit.ly/1qWHV0i>.
- Kreuzer, Peter* 1999: Konstruktionen der Wirklichkeit und Strategien des Konfliktmanagements: Ein Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer, HSFK-Report Nr. 6. Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Kreuzer, Peter* 2013: Chinas Luftverteidigungszone und der Konflikt um die Diaoyu/Senkaku-Inseln. HSFK-Report 9, Frankfurt a.M., <http://hsfk.de/fileadmin/downloads/report0913.pdf>.
- Lampton, David* 2013: A New Type of Major Power Relations: Seeking a Durable Foundation for U.S.-China Ties, 21.9., <http://bit.ly/1eI3ZvN>.
- Lee, Hsien Loong* 2014: PM Lee: S'Pore Will Not Take Sides in Tussle over South China Sea, in: *The Nation*, 12.4., <http://bit.ly/1jDL5oN>.
- Len, Christopher* 2005: Japan's Central Asian Diplomacy: Motivations, Implications and Prospects for the Region, in: *The China and Eurasia Forum Quarterly* 3/3, S. 127-149.
- Len, Christopher/Uyama, Tomohiko/Hirose, Tetsuya* (Hrsg.) 2008: *Japan's Silk Road Diplomacy: Paving the Road Ahead*. Washington D.C., John Hopkins University, <http://bit.ly/1nbUQLM>.
- Los Angeles Times* 1986: Sidewinder Missile Hits, Damages Tanker in Navy Atlantic Exercises, 30.7., <http://lat.ms/RoiEC1>.
- Lum, Thomas* 2012: *The Republic of the Philippines and U.S. Interests*. Congressional Research Service: Report for Congress RL33233, www.fas.org/sfp/crs/row/RL33233.pdf.

- Madrigal, M.A.* 2008: Resolution Directing the Committee of the Whole to Conduct an Inquiry, in Aid of Legislation, on the Propriety of the Agreements Entered into by the Administration of President Gloria Macapagal-Arroyo Allowing China to Explore the Gas and Oil Deposits in Spratly Islands, which Agreements Seem to be a Precondition of the Bilateral Loan Agreements Granted by China to the Philippines to Finance the Government's Overpriced and Anomalous Projects such as the ZTE/NBN and Northrail Projects. P.S. Resolution No. 315, <http://bit.ly/QcSEZ7>.
- Manyin, Mark E. et al.* 2012: Pivot to the Pacific? The Obama Administration's „Rebalancing“ Toward Asia, 28.5., Congressional Research Service R42448.
- Marciel, Scot* 2009: Maritime Issues and Sovereignty Disputes in East Asia. Testimony before the Subcommittee on East Asian and Pacific Affairs, Committee on Foreign Relations, United States Senate, 15.7., <http://1.usa.gov/1nbV1qk>.
- Mastro, Oriana Skylar* 2011: Signaling and Military Provocation in Chinese National Security Strategy: A Closer Look at the Impeccable Incident, in: *Journal of Strategic Studies* 34/2, S. 219-244.
- McDonnell, Justin* 2013: Japan's State Secrets Bill Polarizes Society, in: *The Diplomat* 28.11., <http://thediplomat.com/2013/11/japans-state-secrets-bill-polarizes-society/>.
- Meyer, Stanley E.* 1996: Incident at Mischief Reef: Implications for the Philippines, China, and the United States. Strategy Research Paper, U.S Army War College, Carlisle Barracks, PA.
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs, Japan)* 2007: Japan-Australia Joint Declaration on Security Cooperation, 13.3., www.mofa.go.jp/region/asia-paci/australia/joint0703.html.
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs, Japan)* 2008: Joint Declaration on Security Cooperation between Japan and India, 22.10., www.mofa.go.jp/region/asia-paci/india/pmv0810/joint_d.html.
- New York Times* 2012: Japan is Flexing its Military Muscle to Counter a Rising China, 26.11., <http://nyti.ms/1g7dF15>.
- New York Times* 2014: Philippine Leader Sounds Alarm on China, 4.2., <http://nyti.ms/1eoLv2e>.
- Odom, Jonathan* 2010: The True „Lies“ of the Impeccable Incident: What Really Happened, who Disregarded International Law, and why Every Nation (outside of China) Should be Concerned, in: *Michigan State Journal of International Law* 18/3, S. 411-452, <http://bit.ly/R94fta>.
- Official Gazette* 2014: For the Record: Excerpts from the New York Times interview with President Aquino, February 4, 2014. 7.2., <http://bit.ly/1o2zJx0>.
- Olea, Ronalyn* 2009: US Congress Withholds Military Aid to the Philippines Due to Human Rights Abuses. In: *Bulatlat* 5.11., <http://bit.ly/1iDbHEm>.
- Pedrozo, Raul* 2011: Responding to Ms. Zhang's Talking Points on the EEZ, in: *Chinese Journal of International Law*, 10: 1, S. 207-223, <http://bit.ly/1hG6CbU>.
- Pedrozo, Raul* 2010: Preserving Navigational Rights and Freedoms: The Right to Conduct Military Activities in China's Exclusive Economic Zone, in: *Chinese Journal of International Law*, S. 9-29.
- Pedrozo, Raul* 2009: Close Encounters at Sea: The USNS Impeccable Incident. *Naval War College Review* 62/3, S. 101-111.
- Pedrozo Raul* 2008: Encroachment on Navigational Freedoms. In: Carsten, Michael D. (ed.). *International Law and Military Operations*. *International Law Studies*, Bd. 84, S. 85-96.
- Philippine Star* 2014: Killings of Activists: 173 under P-Noy's Watch, 15.3., <http://bit.ly/OOL0Db>.
- Philippines Department of Foreign Affairs* 2014: DFA Statement on China's Allegation that the Philippines Agreed to Pull-Out of the Ayungin Shoal, 14.3, <http://bit.ly/1dWYlp5>.
- Philippines Embassy in Japan* 2013: Philippines-Japan Strategic Partnership Gains Further Boost at Bilateral Meeting between Del Rosario and Japan Foreign Minister Kishida, 24.5., <http://bit.ly/1ef2lvR>.
- President of the Philippines* 1978: Presidential Decree No. 1596 – Declaring Certain Area Part of the Philippine Territory and Providing for their Government and Administration.
- President of the Philippines* 2012: Administrative Order No. 29, s. 2012 – Naming the West Philippine Sea of the Republic of the Philippines, and for other Purposes. <http://bit.ly/1jlSIh5>.

- Presidential Commission on the Visiting Forces Agreement* o.J.: What is the VFA?, <http://vfacom.ph/content/article/FAQs>.
- Roach, Ashley/Smith, Robert W. (Hrsg.) 1994: Excessive Maritime Claims. Naval War College, Newport, Rhode Island (International Law Studies, Bd. 66), <http://bit.ly/1tGEWgM>.
- Saigon Giai Phong 2011: Vietnam Again Opposes China's Acts Violating Vietnam's Territorial Waters. 10.6., www.saigon-gpdaily.com.vn/National/2011/6/93431/.
- Sakamoto, Rumi/Allen, Mathew 2007: „Hating ‚The Korean Wave‘” Comic Books: A sign of New Nationalism in Japan?. In Japan Focus, <http://bit.ly/SBAf9f>.
- Santos, Matikas 2014: China Warns PH: No Provocations after Ayungin Shoal Expulsion, in: Inquirer.net, 18.3., <http://bit.ly/1hpoEE0>.
- Severino, Rodolfo C. 2011: Where in the World is the Philippines? Debating its National Territory, Singapore: ISEAS Publishing.
- Shimomura, Hakubun 2012: Interview with Toshio Motoya, in: Bigtalk 257, <http://bit.ly/1gpx3W9>.
- Slavin, Erik 2013: Analysts: China, US Legal Views Make More ‚Cowpens Incidents’ Likely, in: Stars and Stripes, 19.12., <http://1.usa.gov/1bSAUZy>.
- Storey, Ian 2013: Manila Ups the Ante in the South China Sea. ISEAS China Brief 13/3, www.iseas.edu.sg/documents/publication/is1feb13.pdf.
- Straits Times 2013: Manila Asks KL, Hanoi to Join Case Against Beijing's South China Sea Claims, 27.2., <http://bit.ly/1IVfbay>.
- Sunstar 2013: Japan to Help Philippines Strengthen Maritime Security, 10.1, <http://bit.ly/1jxZiU5>.
- Symmons, Clive R. 2008: Historic Waters in the Law of the Sea: A Modern Reappraisal. Leiden, The Netherlands: Martin Nijhoff.
- Taylor, C.B. 1839: A Universal History of the United States of America Embracing the Whole Period from the Earliest Discoveries Down to the Present Time, New York, NY: Ezra Strong.
- Thayer Carl 2013a: Vietnam Gradually Warms Up to US Military, in: The Diplomat, 6.11., <http://bit.ly/QcTrcC>.
- Thayer Carl 2013b: ASEAN, China and the Code of Conduct in the South China Sea, in: SAIS Review of International Affairs 33/2, S. 75-84.
- Thayer, Carl 2014a: China's New Fishing Regulations: An Act of State Piracy?, in: The Diplomat, 13.1., <http://bit.ly/1nbVQ2i>.
- Thayer, Carl 2014b: U.S.-Vietnam: From Comprehensive to Strategic Partners? Center for Strategic and International Studies, cogitASIA, 20.03., <http://bit.ly/1miVQQv>.
- Thayer, Carl 2014c: China's Oil Rig Gambit: South China Sea Game-Changer?. In: The Diplomat 12.5. <http://bit.ly/RUpZt0>.
- Tiezzi, Shannon 2013: Vietnam, the US, and China: A Love Triangle?, in: The Diplomat, 18.12., <http://bit.ly/PXpNIC>.
- Tordesillas, Ellen 2011: China Hardliners to Teach Spratly Intruders ‚a Lesson’, in: Verafiles, 11.7., <http://verafiles.org/china-hardliners-to-teach-spratly-intruders-a-lesson/>.
- Tripartite Agreement 2005: A Tripartite Agreement for Joint Marine Scientific Research in Certain Areas in the South China Sea Bay and among China National Offshore Oil Corporation and Vietnam Oil and Gas Corporation, and Philippine National Oil Company, <http://bit.ly/1gTY8Cy>.
- Truman, Harry S. 1945: Proclamation 2667 of September 28, 1945. Policy of the United States with Respect to the Natural Resources of the Subsoil and Sea Bed of the Continental Shelf, www.gc.noaa.gov/documents/gcil_proc_2667.pdf.
- Tuoitrenews 2013: VN, China Wrap Up 4th Talks on Less Sensitive Fields at Sea, 27.9., <http://bit.ly/1ghrY3i>.
- United Nations: Convention on the Law of the Sea (UNCLOS). <http://bit.ly/1dSph2X>.
- U.S. Congress 2012: Consolidated Appropriations Act 2012, <http://1.usa.gov/1qnvMmV>.
- U.S. Department of Defense 2005: Maritime Claims Reference Manual. DoD 2005.1-M, <http://1.usa.gov/1jxZsei>.
- U.S. Department of Defense 2012: Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, www.defense.gov/news/Defense_Strategic_Guidance.pdf.

- U.S. Department of Defense* 2013: Department of Defense Press Briefing by Secretary Hagel and General Dempsey in the Pentagon Briefing Room. 19.12., <http://1.usa.gov/1k6R88t>.
- U.S. Department of Defense* 2014: U.S. Department of Defense (DoD) Freedom of Navigation (FON) Report for Fiscal Year (FY) 2013, 6. März, <http://1.usa.gov/1gTXZPw>.
- U.S. Department of State* 2013a: Country Reports on Human Rights Practices for 2013: Philippines, www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/#wrapper.
- U.S. Department of State* 2013b: Global Security Contingency Fund Program for the Philippines, 17.12., www.state.gov/r/pa/prs/ps/2013/218823.htm.
- U.S. Department of State* o.J.: Congressional Budget Justification: Department of State, Foreign Operations, and Related Programs, www.state.gov/documents/organization/222898.pdf.
- U.S. Energy Information Administration* 2013a: Contested Areas of South China Sea Likely Have Few Conventional Oil and Gas Resources, 3.4., www.eia.gov/todayinenergy/detail.cfm?id=10651.
- U.S. Energy Information Administration* 2013b: South China Sea. Analysis Brief, 7.2., www.eia.gov/countries/regions-topics.cfm?fips=SCS.
- U.S. Marine Corps/U.S. Navy/U.S. Coast Guard* 2010: Naval Operations Concept 2010: Implementing The Maritime Strategy, www.navy.mil/maritime/noc/NOC2010.pdf.
- Valencia, Marc* 2009: The Impeccable Incident: Truth and Consequences, in: *China Security* 5/2, S. 22-28.
- Valencia, Marc* 2013: Near Collision between US and Chinese Warships Raises Questions. National Institute for South China Sea Studies, 25.12., <http://bit.ly/P4IKbe>.
- Vietnam+* 2011: VN-China Basic Principles on Settlement of Sea Issues, 10.12., <http://bit.ly/1gfvWG8>.
- VietNamNet* 2013: Congressmen Propose to Add Truong Sa and Hoang Sa to the Constitution, 19.9., <http://bit.ly/1oT2a3t>.
- VietNamNews* 2013: VN, China Detail New Partnership, 16.10., <http://bit.ly/1qnw0u0>.
- Voice of Vietnam* 2014a: Vietnam, Japan Lift Bilateral Ties to New Heights, 18.3., <http://bit.ly/OIpcZX>.
- Voice of Vietnam* 2014b: Vietnam, Malaysia Issue Joint Statement, 4.4., <http://bit.ly/1i7SIE9>.
- Xiao, Ren* 2013: Modelling a „New Type of Great Power Relations“: A Chinese Viewpoint, in: *The Asan Forum*, 4.10., <http://bit.ly/Qcuqi5>.
- Xue, Guifang* 2012: Deep Danger: Intensified Competition in the South China Sea and Implications for China, in: *Ocean and Coastal Law Journal* 17/2, S. 307-331.
- Yee, Sienho* 2010: Agora: Military Activities in the EEZ, in: *Chinese Journal of International Law*, S. 1-7.
- Young, Stephanie* 2013: Coast Guard Strengthens Relationship with Vietnam Marine Police, 13.9., <http://1.usa.gov/1sFnR6l>.
- Youngshik, Bong* 2013: ROK and US Views on the Foreign Policy of the Abe Administration, in: *The ASAN Forum*, 6.11., <http://bit.ly/1cdItqY>.
- Zhang, Haiwen* 2010: Is it Safeguarding the Freedom of Navigation or Maritime Hegemony of the United States – Comments on Raul (Pete) Pedrozo’s Article on Military Activities in the EEZ, in: *Chinese Journal of International Law*, S. 31-47.
- Zhang, Hua* 2014: China’s Position on the Territorial Disputes in the South China Sea between China and the Philippines, 3.4., <http://ph.china-embassy.org/eng/xwfb/t1143881.htm>.